



Dr. Günther Deutzer:

Familienförderpreis des Landkreises Bamberg

Anstelle von Preisgeldern verliert der Landrat anlässlich eines Festes 60 Urkunden für die familienfreundlichsten Unternehmen.

Seite 14



Christa Stewens:

Gleichstellung noch nicht am Ziel

In ihrer Funktion als Frauenbeauftragte im Landtag betonte die Ministerin, dass die Bemühungen auf allen Ebenen zu verstärken sind.

Seite 2



Theo Zellerer:

Mobilitätsziehung für Kinder

Aud Initiative des Chamer Landrats organisiert das ÖPNV-Referat Ausflugsfahrten von Kindergarten mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Seite 11

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Gerestriet, den 21. Juli 2005

56. Jahrgang / Nummer 14



Das KPV-Podium (v. li.): Kultusminister Siegfried Schneider, Landrat Luitpold Braun, Gewerkschaftsführer Florian Hahn sowie Bürgermeister Maximilian Gault.

KPV-Mandatsträgerkonferenz in Ergolding:

Treffpunkt Hauptschule

„Orstermin“ mit Kultusminister Siegfried Schneider
Rege war die Beteiligung an der KPV-Mandatsträgerkonferenz in Ergolding mit Bayerns neuem Kultusminister Siegfried Schneider, MdL, als Gast. Vor etwa 200 Kommunalpolitikern referierte er zum Thema „Entwicklung der Haupt- und Teilhauptschulen“.

Die Tatsache, dass Bildungspolitik auf eine engagierte Kommunalpolitik angewiesen ist, stellte Schneider an den Beginn seiner Ausführungen. Doch teile man auch fundamentale Überzeugungen - vor allem darüber, dass Gemeinschaften, von unten ihre Kraft beziehen: aus der

persönlichen Verantwortung, aus der Initiative der lokalen Netzwerke, aus der Dynamik der kleineren Einheit“.

So viel Freiheit wie möglich

Das grundlegende Prinzip erfolgreicher Kommunalpolitik gründe in der Subsidiarität; bei den Schulen hingegen sei es die Individualisierung, die aus anonymen Lernorganismen Einrichtungen mit höchstmöglicher Effizienz für jeden einzelnen werden lasse, betonte Schneider, weshalb die Staatsregierung die Überzeugung vertritt: „So viel

Freiheit wie möglich, so viel Vorgaben wie nötig.“ Ab nächstem Schuljahr werde es jedenfalls deutlich mehr Freiheit und Gestaltungsmöglichkeit in 30 Punkten, die von den MODUS 21-Schulen entwickelt wurden“, geben.

Individualisierung

Die Individualisierung, so der Minister weiter, spiele auch eine maßgebliche Rolle im Unterricht. Über alle Schularten hinweg würden deshalb zunehmend Wege gesucht und gefunden, den Schülern und Schülern mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, Talenten und Begabungen optimal gerecht zu werden. Diese Wege können sowohl unterrichtsmethodischer Art (mehr Eigenverantwortung für die Schülern und Schüler im

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bayerischer Städtetag 2005 in Kempten:

Städte ohne Kinder?

Rund 300 Kommunalpolitiker trafen sich in Kempten zur Verbandstagung des Bayerischen Städtetags, die unter dem Motto „Städte ohne Kinder?“ stand. Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen diskutierten dabei über Ursachen und Folgen der demographischen Entwicklung auf die Städte sowie über mögliche Lösungsansätze.

Mit großer Sorge beobachtet die Städte die dramatisch sinkende Geburtenrate in Deutschland. Seit Anfang der 70er Jahre bekommt jede Frau statistisch gesehen nur noch 1,4 Kinder. Um die Zahl der Einwohner konstant zu halten, wäre eine Geburtenrate von 2,1 Babys je Frau notwendig. Die Folgen dieser Entwicklung werden als erstes in den Städten sichtbar. Sie verändern ihr Gesicht, wenn kein Kinderdachen mehr auf der Straße zu

hören ist, die Spielplätze werden und in den Schulen die Plätze leer bleiben.

Viele Ursachen

Die Ursachen für diese Entwicklung sind sehr vielfältig, wie Prof. Dr. Johannes Hümmik vom Institut für empirische und angewandte Soziologie (Universität Bremen) verdeutlichte. Dazu zählen u. a. die veränderte Bedeutung von Familie, der

Wandel des Geschlechterverhältnisses, eine deutlich erkennbare gesellschaftliche Rücksichtlosigkeit gegenüber der Familie sowie psychosoziale und medizinische Faktoren. Mittlerweile sind in Bayern 65 Prozent der 35-jährigen Akademikerinnen kinderlos.

Steuerungsmöglichkeiten

Welche Steuerungsmöglichkeiten und Lösungsansätze dazu aus resultieren, zeigte Prof. Dr. Klaus Peter Strohmayer von der Fakultät für Sozialwissenschaften (Universität Bochum) auf. Seiner Ansicht nach gilt es, die Lebenssituation von Eltern und Kindern zu verbessern, Zuständigkeiten zu schaffen - Stichwort „Kommunales Management“, lokale Bündnisse und Allianzen vor Ort zu etablieren, differenzierte Strategien zu entwickeln, die lokale Familienberaterstellung auszubauen, kleinräumige Disparitäten von Lebensachsen auszugleichen sowie benachteiligte und benachteiligende Milieus zu stabilisieren. Schließlich fördere Partizipation Integration. Für den Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, muss Politik für Kinder in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger, in den Gesellschaft (Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Städtetagvorsitzender, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, gemeinsam mit seinem erstvizepräsidenten Christian Ude, der als Präsident des Deutschen Städtetags in Doppelfunktion an der Kemptener Tagung teilnahm (v. l.).



Demokratie hat ihren Preis. Seit Wochen ist jeder auf Wahlkampfbundestagswahlen im September eingestellt. Wie in anderen kommunalen Verwaltungen macht sich auch im Städtchen vor allem der Gedanke an viel Arbeit mit zu kurzer Vorbereitungszeit breit. Deshalb wurde der Vorzimmerperle auch mit einer Sonderaufgabe betraut. Seite 15

Nationale und globale energiepolitische Herausforderungen:

Wachstumspotenziale nutzen

Von Dr. Peter Ramsauer MdB,

Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe

Die deutsche Energiepolitik steht vor wichtigen Weichenstellungen: zwischen 2010 bis 2020 müssen rund 40 Prozent der installierten Kraftwerkleistung aufgrund der Altersstruktur erneuert werden. Das geschätzte Investitionsvolumen beläuft sich auf 40 Milliarden Euro. Für eine moderne Industriezweigenschaft ist eine sichere, umweltgerechte und wirtschaftliche Energieversorgung Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aufgabe der Energiepolitik ist es, die energiewirtschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass dauerhaft sowohl die ökonomischen als auch die ökologischen Anforderungen an die Energieversorgung bestmöglich erfüllt werden.

Die Herausforderungen an eine nachhaltige Energiepolitik machen an den nationalen Grenzen jedoch nicht halt. Unsere Energieversorgung wird ebenso beeinflusst von der Entwicklung der Weltenergiemärkte, tatsächliche oder politisch verursachte Verfügbarkeiten von Ressourcen sowie Vorgaben der EU.

Energiepolitik ist Standortpolitik

In den kommenden Jahren müssen wir weltweit mit einem dramatisch steigenden Energiebedarf rechnen. Nach Angaben der Internationalen Energie-

agentur werde der Energiebedarf bis 2030 um 65 Prozent zu nehmen. Der zusätzliche Energieertrag im Wettbewerb

Gestärkt im Wettbewerb

Dies von der unionsgeführten Bundesregierung 1998 maßgeblich durchgesetzte Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes hat zu deutlichen Strompreissenkungen in Höhe von rund 7,5 Mrd. Euro geführt. Dadurch sind die deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb gestärkt und die privaten Haushalte entlastet worden. Die Erfolge der Liberalisierung sind jedoch

durch die von Rot-Grün betriebene Verteuerung der Strompreise wieder aufgehoben worden. So sind die staatlichen Belastungen der Strompreise von 2 Mrd. Euro im Jahr 1998 auf mittlerweile 12 Mrd. Euro im vergangenen Jahr angestiegen. Damit hat Deutschland nach Italien die zweithöchsten Industriestrompreise in Europa. Die energieintensiven Unternehmen, bei denen die Strompreise von 2 Mrd. Euro der gesamten Produktionskosten umfassen, kündigen in diesen Monaten an, Arbeitsplätze aufgrund der hohen Strompreise in Deutschland abzubauen. Neben den staatlichen Belastungen tragen auch die oligopolartigen (Fortsetzung auf Seite 4)

Gemeindepräsident bleibt Rathauschef

Gemeindepräsident Dr. Uwe Brandl ist in seiner Heimatstadt Abensberg bei 63,2 Prozent als Erster Bürgermeister im Amt bestätigt worden. Seit 12 Jahren im Amt kann er nun für weitere sechs Jahre die Geschicke der 12.500 Einwohner zählenden Spargartstadt leiten. Seit knapp drei Jahren vertritt er zudem als Präsident des Bayerischen Gemeindetags die Interessen der bayerischen Gemeinden, Märkte und Städte in allen Bereichen des politischen Lebens.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Dr. Peter Ramsauer, MdB

Sie lesen in dieser Ausgabe

Schulwegkosten werden neu berechnet	2
Bayerischer Verdienstenord	2
GZ-Kolumne Hans Dorfner: Interessen der zentralen Orte und des ländlichen Raums	3
Bezirke und örtliche Sozialhilfeträger	3
GZ-Fachthemen	
Kommunale Energiepolitik	3-8
Kommunalfahrzeuge - Winterdienst	9/10
Kommunale Verkehrspolitik - ÖPNV	11-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Gleichstellung noch nicht am Ziel

**Sozialministerin Stewens trotz positiver Bilanz nicht zufrieden
Auf der Führungsebene fehlt es noch weit - Gesetz wird verlängert**

Eine **Positive Bilanz** des bayrischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst hat Sozialministerin Christa Stewens als **Frauenbeauftragte im Landtag** gezogen. Demnach hat sich der weibliche Anteil im öffentlichen Dienst des Freistaats und der Kommunen von 51,4% im Juni 1999 auf 59% im Juni 2003 erhöht. Die Fraktionen der Ministerien und allen Fraktionen bestanden gleichwohl übereinstimmend, dass die Bemühungen auf allen Ebenen konsequent fortgeführt und verstärkt werden müssen. Das Ende Juni 2006 ausgearbeitete Gesetz von 1996 soll verlängert werden wie folgt, laut Stewens:

Im Anschluss für den öffentlichen Dienst stellt die Ministerin den Dritten Bericht über die Umsetzung des Gesetzes vor und räumt ein, die Entwicklung sei bei allen Fortschritten noch längst nicht überall befriedigend. Es gebe Dienststellen, die keine Gleichstellungsbefragungen und -konzepte habe. Als Zeichen für nicht immer befriedigende Aktivität erwähnte Stewens, dass an der Fragebogenaktion zum Stand der Gleichberechtigung nicht alle aufgerufenen Kommunen teilgenommen hätten. Für den aktuellen Dritten Bericht konnten insgesamt 3177 Ergänzungen ausgewertet werden. Insgesamt hat sich über 90% aller Dienststellen beteiligt, jedoch nur 83,4% der 103 angesehene

nach immer unterrepräsentiert. Die Gleichstellung in Bayern bewegt sich wie eine Schnecke auf Glattis, unendlich langsam und unregelmäßig. „Ich bin erschüttert“, so Stewens. Seit dem Zweiten Bericht 2002 konstatierte sie sogar „einen markanten Rückschritt“. In diesem Sinne äußerte sich auch Simone Toller für die Grünen. Dem Landtag liegen zahlreiche Petitionen zur Gleichstellung vor.

Interventionsmöglichkeiten

Im Rechtsausschuss wurde wenig später ein Antrag der Frauen aus der CSU-Fraktion unter Federführung von Prof. Susa Mollath (CSU) verworfen. Darin wird die Verlängerung des Gleichstellungsgesetzes gefordert. Berichterstattung über die Umsetzung des Gesetzes auf die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, auch hier das Konzeptprinzip anzuwenden, was allerdings 22% vertreten und in höheren Besoldungs- und Vergütungsgruppen

Erhebliche Defizite

Die CSU-Sprecherin Ingrid Hecker pflichtet der Ministerin an. In einigen Bereichen gibt es noch erhebliche Defizite. So seien Frauen in Führungspositionen lediglich 22% vertreten und in höheren Besoldungs- und Vergütungsgruppen

Für die SPD signalisierte

Adelheit Rupp grundsätzliche Zustimmung zum CSU-Antrag. Insbesondere müsse die rechtliche Positionierung des Rechtes ohne beauftragten (GB) gestärkt werden im Sinne von mehr Handlung- und Eingriffsmöglichkeit. „Die Umsetzung des Gesetzes“ Antrage verfolgt, der eine unbefristete Fortführung des Gleich-

Schulwerkstätten werden neu berechnet

Entlastung für Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld Belastung für die Kommunen

Ab August sollen Schüler bzw. deren Eltern, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen, von der Eigenbelastung an den Schulwerkstätten befreit werden. Bisher waren nach dem Schulwerkstattengesetz (SchkStG) lediglich Sozialhilfeempfänger befreit.

Eine jetzt vorgeschommene Neuregelung dieses Gesetzes betrifft Schüler bestimmter Schulen, wie Gymnasien, Wirtschaft- und Fachschulschulen ab Jahrgangsstufe 1. Fachoberschulen, Berufs- und Teilzeitschulen. Auf die Kommunen müssen zusätzliche finanzielle Belastungen zu. Die Staatsregierung begründet die Gesetzesänderung mit der Preissteigerung für die allgemeine Lebenshaltung seit August 2005.

Abstimmungssprach mit den Spitzenverbänden

Dem Haushalts- und Kommunalausschuss des Landtags lag ein entsprechender Regierungsvorhaben. Die Änderungen des SchkStG vor, der mit dem Stimmen der CSU-Fraktion abgestimmt wurde. Auf Grund der im Rahmen von Hartz IV erfolgten umfassenden Neuregelungen der Sozialgesetzgebungen werden die Schulwerkstätten neutral zu halten, wird die Familienbelastungsgrenze um insgesamt 30 € erhöht. Hinsichtlich der Mehrbelastung der Kommunen wird im Vorfeld ein Kostenabstimmungsgespräch mit den Spitzenverbänden stattgefunden. Sie zeigten sich mit der Kosteneinstufung nicht einverstanden. Diese führt zu einer jährlichen Mehrbelastung von rund 370.000 €.

auch schulorganisatorisch speziell zugestrichen ist. Eine Grundschule mit Teilhaushaltsstellen für die Rechte erklärte Schneider. Hier würden naturgemäß ganz andere Themen und Schwerpunkte der politischen Arbeit sein. „Im übrigen, so der Minister weiter, bringe auch uns die Gründung der Arbeitskommission der Elternvereine in Grund- und Mittelschulen“ entscheidende Vorteile. Nur sie könnten die Fachkompetenzen und Interessen ihrer Lehrer effizient und effektiv nutzen. In Teilhaushalts I sei der gezielte Einsatz von Lehrkräften in bestimmten Fächern dagegen deutlich wichtiger.

„Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses bereitet beim überwiegenden Teil der Schulen keine größeren Schwierigkeiten“, bemerkte Schneider. Die Mehrzahl der Fälle sei relativ unproblematisch. Hier handle es sich um intensive Einbeziehung der rührigen Schullehrerinnen eine zügige Umorganisation erforderlich machen und wo die räumliche Situation für die Neuanlage keine Schwierigkeiten aufwirft. Es genüge als Maßnahme eine einfache Umpengliederung zugunsten der Hauptstellen, die die Schullehrerinnen und Schüler in Jahrgangsstufe 7 ohnehin aufnahmen würden.

Intensive Einbeziehung der Kommunen

Für die übrigen Fälle sei man bemüht, individuell passende Lösungen mit allen Verfassern zu entwickeln. Dabei ist intensive Einbeziehung der Kommunen selbstverständlich. Für sie sei es wichtig, dass bei der Umstellung das Budget nicht übersteigert wird. Die Befürchtungen von Gemeinden, dass nach dem Abzug der Eltern der Schulstellen für die Kommunen zu geringfügig sein demzufolge unbegründet. „Schieders Fazit: „Ich bin sicher, dass die skizzierte Hauptschulreform maßgeblich dazu beitragen wird, die Hauptstellen in Bayern zu stärken - und zwar organisatorisch und in ihrem Bildungsprofil und in ihrem Selbstverständnis als attraktive Angebotsstellen. Ich habe keine Zweifel, dass auch die Kommunen in ihrer Verantwortung für die junge Generation konstruktiv und kooperativ an der Umsetzung des Landtagsbeschlusses mitarbeiten. Ich habe ein großes Interesse daran, dass die Kommunen aktiv in der Entwicklung der Regionalkonzepte einbezogen sind und ich werde mich für möglichst einvernehmliche Lösungen einsetzen.“

Kommunal- und Landespolitiker erhielten Bayerischen Verdienstorden

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber zeichnete im Antiquarium der Münchner Residenz, im Rahmen eines feierlichen 171 Persönlichkeiten mit dem Bayerischen Verdienstorden aus. Stoiber: „Jede Trägerin und jeder Träger hat sich um unsere Heimat und um unser Gemeinwesen verdient gemacht.“ Der Bayerische Verdienstorden ist ein herausragendes bürgererschaftliches Engagement. Er ist ein besonderes Zeichen der Anerkennung für alle, die sich durch ihre Leistung für ihre Mitmenschen und für den Freistaat ausgezeichnet haben.“

- Geschäftsführer, Bürgermeister, Manfred Ach, MdB, Regierungssprecher, Helmut Bauer, MdB, Renate Dodal, MdB, Maria Eichborn, MdB, Erich Josef Gebner, Landrat, Armin Gerold, Landrat, Dr. Iv. Holzinger, Oberbürgermeister, Norbert Kerker, Landrat, Dr. Jakob Krüdel, MdB, Gerold Lowhasser, Altkreisräsident, Bürgermeister, Hermann Memmel, MdB, Christa Naab, MdB, Dr. Werner Schnappauf, MdB, Umweltminister, Theo Zellner, Landrat, Präsident des Bayerischen Landesverbandes der Bayerischen Verdienstorden, st. stell. der Bayerische Verdienstorden für die Eigenständigkeit Bayerns, seine mehr als tausendjährige Tradition und

tagspräsident, Bürgermeister, Christoph Naab, MdB, Dr. Werner Schnappauf, MdB, Umweltminister, Theo Zellner, Landrat, Präsident des Bayerischen Landesverbandes der Bayerischen Verdienstorden, st. stell. der Bayerische Verdienstorden für die Eigenständigkeit Bayerns, seine mehr als tausendjährige Tradition und

Treffpunkt Hauptschule ...

(Fortsetzung von Seite 1) Unterricht, Lernen durch Lehren, Projektunterricht) als auch organisatorischer Art (Individualisierung in den Interventionsverbänden, Individualisierte Gymnasien, neue Zeugnisse in der Grundschule) sein.

Dreigliedriges Schulsystem

Eine wichtige Rolle spielte die Individualisierung schließlich die Weiterentwicklung des dreigliedrigen Schulsystems. Notwendig seien hierzu eine klare Profilierung der Schularten und auf jeden Bildungsweg auf jede Bildungsbiographie eine Antwort weiß. Schneiders Prinzip hierbei lautet: „Kein Abschluss ohne Anschluss.“ Gerade in der Hauptschule sieht auf diesem Weg bereits große Fortschritte gelungen, bereicherte der Kultusminister, gebe es in den M-Zug, Praxisklassen sowie Sonderformen von Klassen wie Individual-, Intensiv-, Kompetenztrainings-, Übergangs- und Eingliederungsklassen. Sie alle zielen darauf ab, dort, wo es notwendig ist, geeignete Stütz- und Fördermaßnahmen bereitzustellen, positiv auf Schülerverhalten einzuwirken und damit

für alle Schüler eine ihnen maßgeschneiderte Lernform zu schaffen. Dies alles möglich in der Möglichkeit, vier unterschiedliche Schulabschluss mit unterschiedlichen Gymnasien zu erwerben. Ohnehin, so Schneider weiter, sei das Haupt-schulprofil inhaltlich weiterentwickelt. Die wichtigsten Themen der Schuljahre 2004/2005 sei ein neuer Lehrplan eingeführt worden, der die berufspraktische Ausrichtung der bayerischen Hauptschulen in den Mittelpunkt rückt.

Unverwechselbare Einheit

Sicherlich, so Schneider weiter, habe die Hauptschule unter den einzelnen Schularten mit dem größten Entwicklungsbedarf zu kämpfen - obwohl hier seit langem ausgezeichnete Arbeit geleistet werde. Das hervorragende Abschneiden der bayerischen Hauptschüler bei PISA im Bundesvergleich mache dies deutlich. Angesichts solcher Erfolge müsse alles getan werden, die Hauptschule auch im Bewusstsein der Menschen nachhaltig zu stärken. Diesem Ziel sei mit 307.000 Schülern die größte Schulart bis zur 10. Klasse. In der 8. Klasse werden bislang gut 38 Prozent aller Schülerinnen und Schüler eine Hauptschule. Die Hauptschule muss noch

Mobilfunk-Volksbegehren gescheitert

Nach dem Scheitern des Mobilfunk-Volksbegehrens in Bayern hat sich der Bayerische Gemeindetag zufrieden über den Ausgang geäußert. Bayerns Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass ihnen die Initiatoren des Volksbegehrens eine Mängelpackung geboten haben. Kein einziger Mobilfunkmast hätte durch die erste Wahlperiode der Bürgerentscheid verhindert werden können.

Das Volksbegehren zum Mobilfunk haben in Bayern nur knapp 4 Prozent der Stimmberechtigten unterstützt. Notwendig wären 10 Prozent oder 900.000 Wählerbeiträge gewesen. Mit dem Volksbegehren wurde der frühere Gemeindetag der Kommunen könnten sich nach einer Gesetzesänderung erfolgreich gegen Mobilfunkantennen wehren. Das Gegenteil ist richtig. Jede Gemeinde ist bei ihrer Entscheidung an das Baurrecht gebunden - ob mit oder ohne Gemeinderat. Ein Entzweitens, das Baurrecht einhält, darf gebaut werden. Würde eine Gemeinde in ihrer Zustimmung zu Unrecht verweigern könnte sie im Mobilfunkbetriebsbereich schadensersatzpflichtig werden. Mit dem Gemeindetag wird die Bayerische Staatsregierung informiert, dies wird beschrieben hat, es entgegengeher gelungen, im letzten Jahr über 90% der errichteten Antennen im Konsens mit den betroffenen Gemeinden zu realisieren.

Grundsätzlich seien noch bessere Voraussetzungen für die Entwicklung eines hochwertiger, intensiven Schullebens gegeben, das es schwieriger sei, Schüler aus Teilhaushaltsstellen in Jahrgangsstufe 5 zu integrieren. Außerdem sei eine längere gemeinsame Schullaufbahn Grundlagentheorie für die Entwicklung von Wir- und Gemeinschaftsgefühl. Lehrer und Schüler arbeiten nur in einem gemeinsamen Ziel die auf eine besonderen Anforderungen und Aufgaben sowohl methodisch und didaktisch als

Wir gratulieren

- ZUM 65. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Horst Volkner 85098 Großvening am 4.8.
- ZUM 60. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Johann Wenger 86564 Brunnau am 25.7.
- Bürgermeister Klaus Hämmer 95488 Eckersdorf am 27.7.
- ZUM 55. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Johann Müller 93464 Iferhofen am 5.8.
- Bürgermeister Josef Daum 96365 Nordthalen am 26.7.
- Bürgermeister Johann Thurner 82261 Mattmannsdorf am 29.7.
- Bürgermeister Franz Stampf 91301 Forchheim am 31.7.
- Bürgermeister Ingo Lehmann 86899 Landsberg am Lech am 31.7.
- ZUM 50. GEBURTSTAG**
Bürgermeister Josef Kienbacher 83558 Mautersbach am 28.7.
- Bürgermeisterin Ulrika Mayer 85653 Hohenkreuthen-Siegetshausen am 31.7.

Bezirke und örtliche Sozialhilfeträger:

Bundesrechtliche Grenzen für die Aufgabenreform

Von Dr. Georg Sinnacker, Altlandrat und Altbezirkspräsident

Die entrante Diskussion um die Aufgabeförderung zwischen den Bezirken als überörtliche und den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtliche Sozialhilfeträger wird derzeit sehr emotional, viel zu wenig sachlich und kalküliert und vor allem ohne Beachtung der bundesgesetzlichen Rechtsvorgaben geführt.

Dabei hat das Bundesgesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch von 2001, das seit dem 1. Januar 2007 in Kraft treten. Bis dahin ist der Landesgesetzgeber an die Zuständigkeitszuweisungen des bisherigen auslaufenden Sozialhilfegesetzes gebunden.

Verpflichtende Aufgabenteilung

Zunächst gilt auch für die Zeit nach dem 1. Januar 2007, dass nach Bundesrecht die Aufgabenteilung zwischen örtlichen und überörtlichen Trägern der Sozialhilfe verpflichtend ist (Art. 1 § 3 und § 97 SGB XII). In Bayern sind die 7 Bezirke überörtliche Träger der Sozialhilfe. Diese Regelung wurde bisher bundesweit nicht als singuläre bayerische Spezialität empfunden, sondern als eine fortschrittliche Lösung im Sinne der unmittelbaren, auf Wahlen beruhenden Demokratie.

Bayerische Ausnahme

Wer hätte in Bayern als „anderer überörtlicher Träger der Sozialhilfe“ für den Fall einer weitgehenden Verlagerung der bisherigen Bezirksaufgaben auf Landkreise und Städte? Zunächst der Freistaat Bayern selbst, wie das in fast allen kleineren Bundesländern der Fall ist. Alle größeren Bundesländer haben höhere Kommunalverbände geschaffen, deren Organe von den Landkreisen und den kreisfreien Städten in mittelbarer Demokratie beschickt werden. Die bayerische Ausnahme liegt in den aus unmittelbaren Volkswahlen hervor gegangenen Bezirken. Der Trend der bayerischen Verfassungsentwicklung der letzten Jahrzehnte ging zu Gunsten des verfassten unmittelbaren direkten Bayerischen Staates. Solist ausgerechnet bei der sozialen Bürgerhilfe für Bedürftige der positive Trend gebrochen werden?

Modelldurchrechnungen

Modelldurchrechnungen haben außerdem ergeben, dass für den Ersatzfall eines – wahrscheinlich von sieben Landeswohlfahrtsverbänden – viel mehr Vertreter berufen werden müssten, als es

die Einheitsvorgabe für alle Leistungen des Sozialhilfeträgers für einen der beiden Sozialhilfeträger gelten soll.

Grundprinzip der Sozialhilfe

Besonders gravierend ist die Vorschleif des Art. 1 § 97 Abs. 4 SGB XII, wonach der Landesgesetzgeber verpflichtet ist, die sachliche Zuständigkeit für eine stationäre Leistung so zu regeln, dass auch die sachliche Zuständigkeit für andere Leistungen, die gleichzeitig nach anderen Kapiteln des 12. Sozialgesetzbuches zu erbringen sind, gegeben ist. Darunter müssen auch die Hilfen ambulanter Dienste zur Verminderung stationärer Hilferbringung verstanden werden, weil sonst das Grundprinzip der Sozialhilfe mit seiner Nachrangigkeit verletzt würde. Die Hilfergewährung aus einer Hand bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Hilfe zur Pflege darf aus Gründen der Grundrechtlichkeit und ihrer sparsamen finanziellen Auswirkungen ihre Zentralfunktion nicht verlieren.

Streit über die bessere Vollkompetenz

Zwischen dem Freistaat Bayern und unter den kommunalen Spitzenverbänden ist ein Streit über die bessere Vollkompetenz im Sozialhilferecht entstanden. Dies ist eigentlich verwunderlich. Die Gemeinsamkeit liegt darin, dass im Interesse der im Mittelpunkt stehenden betroffenen Menschen eine andere Zielrichtung haben, nämlich die Reform der Pflegeversicherung. Diese wurde erstmals eingeführt, um den Eintritt in die Sozialhilfebedürftigkeit bei Menschen zu verhindern, die nach der Festbeschreibung der Leistungsätze für die Pflegebedürftigen in der Pflegeversicherung ohne Fortschreibung nach dem Rehabilitationsskostenindex wird das Ziel der Verminderung von Sozialhilfebedürftigkeit „alter nach der Eingliederungshilfe“ behinderte Menschen, die Leistungen zur Hilfe zur Pflege, die Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie Leistungen der Blindenhilfe Sache des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe sind. Dies ist mehr als eine Empfehlung, eine bundesrechtliche Vorgabe, an die sich der Landesgesetzgeber am besten im Rahmen des rechtlichen Bundesrahmens halten sollten.

Rechtliche Bundesseinheit

Für den Fall, dass der Landesgesetzgeber von seinem gesetzlich vorgeschriebenen Gebrauchs macht, hat der Bund eine dann in Kraft tretende Entscheidung verabschiedet, wo auch die Eingliederungshilfe behinderte Menschen, die Leistungen zur Hilfe zur Pflege, die Leistungen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie Leistungen der Blindenhilfe Sache des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe sind. Dies ist mehr als eine Empfehlung, eine bundesrechtliche Vorgabe, an die sich der Landesgesetzgeber am besten im Rahmen des rechtlichen Bundesrahmens halten sollten.

Wichtig sind nicht die bundesrechtlichen Vorgaben, wonach nach Art. 1 § 97 Abs. 2 SGB XII



Vom demal geschäftsführer des Bezirkes des über ein Jahrhunderte alten Wasserkraftwerkes in Gersthofe: Vorstandsmittglied Paul Waning (LEW) und Richard Lutzenberger (links) bei der Pressekonferenz. Bild: jdt-



Liebe Lesern

Die planungsrechtliche Zulässigkeit von Einzelhandelsprojekten wurde und wird in der Diskussion immer wieder auf die Thematik der Factory-Outlet-Center (FOC) verkirzt. Aus meiner Sicht wird dabei nahezu völlig aus den Augen verloren, welchen Wandel der „klassische“ Einzelhandel aufgrund der Erwerbslosigkeit der Kunden erlebt hat. Diese Entwicklung wird aber auch vom Landesentwicklungsprogramm nach wie vor negiert.

Einzelhandelsprojekte sind derzeit in Orten, die keine zentrale Rolle spielen, von

Interessen der zentralen Orte und des ländlichen Raums

senken können, nur bis zu einer Größe von max. rund 900 m² Verkaufsfläche zulässig. Dabei ist die Flexibilisierungsmöglichkeit der Arbeitsgruppe – „Strukturwandel im Lebensmittel Einzelhandel“ – bereits für ein Projekt mit einer größeren Verkaufsfläche erfordern ein Sondergebiet, das jedoch in nicht-zentralen Orten grundsätzlich nicht realisierbar ist.

Die derzeitigen Regelungen sowohl bundesrechtlicher Art in der Baunutzungsverordnung mit der Regelvermutung ab 1.200 m² Geschossfläche als auch die Anforderungen der Landesplanung sind aus rechtlicher und qualitativer Sicht dringend überarbeitungsbedürftig.

Völlig außer Acht gelassen wird nämlich bei der derzeitigen Rechtslage, dass durch gestiegene Wünsche der Kunden (mehr Auswahl, neue Produkte und neue Präsentationsformen, Aktionsangebote) auch ein entsprechender Flächenbedarf entsteht und damit die Betriebsgrößen wichtiger und früher innerhalb eines Jahres des vorigen Jahrhunderts überholt sind.

In Fachkreisen besteht Übereinstimmung darin, dass ein Anteil der Supermarktbereits heute eine existenzfähige Größe von 1.000 bis 1.200 m² benötigt. Mir liegen Schreiben bei-

Die enorme Zunahme der Sozialhilfeausgaben für die Pflegehilfe ist die Konsequenz. Alle überörtlichen Sozialhilfeträger müssen gemeinsam in unserem Sozialstaat um die gerechten Pflegeversicherungsleistungen kämpfen, bevor die weitere eskalierende Verfallschuld des Nachrangigkeitsprinzips der Sozialhilfe in einem Kompetenzrangselbstmord endet.

Plädoyer für „beste Energie, die wir nicht verbrauchen“:

Bayern das deutsche Wasserkraftland Nr. 1“

Die bedeutendste regenerative Energiequelle im Freistaat

REW, Lechwerke und E.ON-Wasserkraft informieren in Gersthofen

Länge von nahezu 20 Kilometern ausgebaut. Die BEW betreibt und unterhält im Auftrag der Eigentümerin die schwedische AG der Kraftwerke und zwei später errichtete kleinere Anlagen am Lechkanal. Jährlich werden im Durchschnitt 194 Millionen Kilowattstunden Strom produziert.

Wasserkraft 92 Prozent

Zusammen mit Vorstandsmittglied Waning führte Richard Lutzenberger durch das nicht-geplante, über einhundert alte Kraftwerk. Es blieb in 2 Weltkrieg, ungeachtet zahlreicher Bombenangriffe ab August, unbeschädigt. Besonders Interessant war die moderne Zentrale in Gersthofen, von der aus die drei Wasserkraftwerke an der Lech, Lechkanal, Donau, Ginz, Werta und Iller gesteuert werden im Durchschnitt 194 Millionen Kilowattstunden Strom produziert.

Historischer Ort

Die Informationsveranstaltung fand an historischer, denkmalwürdiger Stelle statt, wo am Lechkanal in Gersthofen im Jahr 1901 das erste große Wasserkraftwerk am Lech in Betrieb genommen wurde. In Bayerisch-Schwaben wurde damit die flächendeckende Stromerzeugung gestartet. Die Weiterentwicklung wurde geprägt durch den Bau von zwei weiteren Wasserkraftwerken bei Langweid (1908) und bei Meitingen (1922) und des parallel zum Lech-Fluss verlaufenden Kanals der 1,5 Kilometer langen Lechkanals. Dieser wurde in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die jetzige

speziellweise des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels e.V. sowie der Industrie- und Handelskammer vor, die es eindeutig bestätigen. Ich unterstütze deshalb ausdrücklich die Forderungen des Präsidiums im Hinblick auf den Landesrat, Landrat Theo Zellner, wonach die zentralörtliche Gliederung in der Landesplanung ausgestellt sein darf. Solche Einzelhandelsprojekte, die de facto einen ganz gewöhnlichen Supermarkt mit den aktuellen Anforderungen darstellen, müssen deshalb bis zu einer Verkaufsfläche von 1.200 m² von landesplanerischen Einschränkungen freigestellt werden. Es geht für mich um die Verwirklichung des ebenso wichtigen landesplanerischen Ziels, gleichwertige Lebensverhältnisse in der Region zu sichern. Das Landesentwicklungsprogramm darf daher keinesfalls dazu beitragen, dass der ländliche Raum in seiner Entwicklung geklemmt wird. Vielmehr sollte es gleichermaßen anbieten, um den Problemen an den Landesgrenzen nach Österreich wirksam zu begegnen.

Ich bin deshalb der Auffassung, dass bei der geplanten Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms bezüglich der Ziele für den Einzelhandel im Herbst des Jahres nicht nur die Interessen der zentralen Orte, sondern auch ein gewichtiges gemeinsames Interesse am Erhalt von Funktionsflächen und lebenswerten Gemeinden insgesamt eingestellt werden muss.

Diesem Anliegen würde am ehesten Rechnung getragen, wenn Einkaufsmärkte bis zu einer Verkaufsfläche von 1.200 m² von landesplanerischen Einschränkungen freigestellt werden, ob es dazu dies zu einer Kollision mit den Zielen des Landesplanungsrechts zur Zulässigkeit von „eichten“ Einzelhandelsprojekten führen würden.

Wann

schaffliches Umfeld“. Bei der Stromerzeugung rangierte 2004 bei den Kraftwerken der allgemeinen Versorgung (ohne private) in Bayern nach der Kernenergie (68,4 Prozent) die Wasserkraft mit einem Anteil von 16,8 Prozent, vor Stenckhoffe (7,7), Erdgas (5,5) und Öl (1,5). Noch deutlicher wird der Vergleich bei der Stromerzeugung durch regeneratives Energien. Wasserkraft 92 Prozent, Biomasse 4,9, Wind 1,6, Photovoltaik 1,2 und Deponiegas/Klärgas 0,5 Prozent.

Zunehmende Auflagen

Hingewiesen wurde darauf, dass die weltweiten Öl- und Gasvorräte innerhalb der nächsten 100 Jahre enden. Alternativen müssen rechtzeitig gesucht werden. Kritisch äußerte sich Waning zu politisch begründeten Auflagen für die Wasserkraft. Eigentümerin Schwedische AG der Kraftwerke und zwei später errichtete kleinere Anlagen am Lechkanal. Jährlich werden im Durchschnitt 194 Millionen Kilowattstunden Strom produziert.

E.ON europäische Spitze

Den europäischen Spitzenplatz von E.ON-Wasserkraft im Sektor erneuerbare Energien be- zogen von Christian Goidl und Christian Gattermann von der Hauptverwaltung in Landslut. Zur Stromproduktion eingesetzt sind 239 Kraftwerke in Bayern, Finn- land, Main, Lech, Eder, Diemel, Fulda, Werra, Weser und Leine (Fortsetzung auf Seite 6)

Wachstumspotenziale ...

(Fortsetzung von Seite 1) Strukturen des deutschen Strommarktes zu den hohen Strompreisen bei. Die vier Regulatorbetreiber kontrollieren zur Zeit 80 Prozent des Strommarktes. CDU und CSU haben sich deshalb dafür stark gemacht, wirksame Instrumente im Sinne der Verbraucher zur Regulierung der Netzelektre in das neue Energiewirtschaftsgesetz aufzunehmen, das am 13. Juli 2005 in Kraft getreten ist.

Ausgewogener Energiemix

Kein Energieträger und keine Energietechnologie kann allein die gesamte Energieversorgung leisten und allen Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Durch einen breiten Energiemix aus fossilen Energieträgern, erneuerbaren Energien und Kernenergie ist es bisher gelungen, eine nachhaltige Energieversorgung in Deutschland sowohl für den Bürger als auch für die Wirtschaft sicherzustellen. Nur so können die Risiken einseitiger Technologie- und Importabhängigkeiten weitgehend reduziert werden.

Erneuerbare Energien

Mit Blick auf Technologieentwicklung, Ressourcenschonung und vorsorgenden Klimaschutz leisten die erneuerbaren Energien einen zunehmend wichtigen Beitrag. 1990 haben CDU/CSU mit dem Stromerzeugungsgesetz den Grundstein für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland gelegt. Die CSI-Landesgruppe bekenn sich zu dem Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Deutschland bis zum Jahre 2010 auf 12,5 Prozent zu erhöhen. Ziel der Förderung der erneuerbaren Energien muss die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Weiter- und Neuentwicklung der erneuerbaren Energien

gen für die Grundlastversorgung, wozu zum Beispiel der Ausbau auf der Grundlage nachwachsender Rohstoffe dient.

Kernenergie leistet Beitrag zum Klimaschutz

Die Kernenergie hat in Deutschland heute einen Anteil von knapp 30 Prozent an der Stromerzeugung. Aus Gründen der Klimavorsorge, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit können wir zum jetzigen Zeitpunkt auf die Kernenergie nicht verzichten. Jedes Jahr werden in Deutschland durch die Kernenergie soviel Kohlendioxid-Emissionen vermieden, wie jährlich im gesamten Straßenverkehr ausgestoßen werden. Würde man die Stromerzeugung aus der Kernenergie mit dem heutigen Energieauskommen kompensieren, würde dies zu einer

(Fortsetzung von Seite 1) schaftlichen Institutionen verantwortlich werden, denn: „Kinder sind unsere Zukunft und ohne Kinder haben wir keine Zukunft.“ Wenn die Geburtenrate nicht wieder ansteigt, werde Deutschland am Ende des 21. Jahrhunderts ohne Zuwanderung nur noch 30 Millionen Einwohner haben. Diesen beginnenden Einbruch der antizipierten Bevölkerung hätten die Deutschen bislang stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Kinder unverzichtbar

Schaidinger vermutet eine Ursache für das Desinteresse, dass die erhebliche Zuwanderung aus dem Ausland den beginnenden Rückgang der Bevölkerung verdeckt. Er warnte davor, so weiter zu machen. Für den Vorsitzenden sind Kinder unverzichtbar für die Entwicklung eines gedeihlichen sozialen Klimas. So entwickeln Eltern eine höhere soziale Kompetenz als Erwachsene ohne Kinder. Das wirkt sich nicht nur in den Familien selbst, sondern auch in der sozialen Gemeinschaft aus. Schaidinger sagt: „Wie als Kommunalpolitiker spüren die sich ausbreitende soziale Kälte einer an kinderarmen Gesellschaft als Erste. Wir erleben die sich mehrenden Auftritte von Exzentrikern und Egomaniern.“ Für die Familien

nen zusätzlichen CO₂-Ausstoß in Höhe von rund 150 Millionen Tonnen pro Jahr führen. Die CSI-Landesgruppe setzt sich deshalb im Rahmen eines energetischen Gesamtkonzeptes für eine Betriebsdauer von Kernkraftwerken ein, die sich an der Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus jeder Anlage ausrichtet. Wir bevorzugen im Gegensatz zu den pauschalen Laufzeiten des Bundesumweltministers Trittn individuelle Sicherheitskontrollen. Wir sind davon überzeugt, dass die Kernenergie als Brücke in den zukünftigen Energiemix mit effizienteren und saubereren fossilen Technologien sowie einem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien fungieren kann. Die Frage des Neubaus von Kernkraftwerken stellt sich nicht.

Angesichts der begrenzten Verfügbarkeit fossiler Brennstoff-

Städte ohne Kinder ...

spricht nach Auffassung Schaidingers auch, dass nur eine Gesellschaft mit Kindern zukunftsorientiert denkt und handelt.

Der Städtetagvorsitzende hält eine Geburtenrate von derzeit knapp 1,4 Kindern je Frau nicht für ein unabänderliches Schicksal, auch wenn diese Geburtenrate seit 30 Jahren Realität ist. Er ist überzeugt, dass in Deutschland ein Wiederanstieg der Geburtenrate möglich, wenn sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dieses Themas ernsthaft und vorurteilsfrei annehmen. Ein Blick über den Zaun zeigt, dass dies möglich sei. So hätten Länder wie Frankreich oder Schweden mit einer langfristig angelegten effektiven Bevölkerungspolitik bewiesen, dass ein deutlicher Wiederanstieg der Geburtenrate möglich ist.

Reflex deutscher Politik

Allerdings warnte der Sprecher der bayerischen Städte vor dem „feststehenden Reflex deutscher Politik“. Probleme mit Geld lösen sich nicht, er hält es für einen Irrglauben, den Mangel an Kindern in Deutschland nach der schlichten Ausweisung bisheriger staatlicher Leistungen für Kinder begegnen zu wollen. Schaidinger war daraufhin, dass Deutschland beim Kindergeld und den steuerlichen Entlastun-

gen, die immer noch den Großteil unseres Energiebedarfs decken, der immer wieder auftretenden stark schwankenden Stromerzeugung auf Grund von politischen Instabilitäten in den Öl- und Gasförderländern, der jetzt schon spürbaren Folgen unserer Klimaveränderung sowie des ständig steigenden Weltenergieverbrauchs besteht Handlungsbedarf.

Forschung stärken

Sowohl in der Entwicklung neuer Technologien und der Erschließung neuer Energiequellen als auch in der Steigerung der technischen und wirtschaftlichen Effizienz. Darin liegt nicht nur der Schlüssel zur Sicherung einer leistungsfähigen und umweltgerechten Energieversorgung im eigenen Land. Darin besteht vielmehr auch der entscheidende Beitrag, den wir als hoch entwickelte Industrieländer zur Lösung der globalen ökonomischen und ökologischen Energieproblematik leisten können und müssen. □

Rahmenbedingungen

Ein Schlüssel für die Steigerung der Geburtenrate ist in seinen Augen, die Rahmenbedingungen so zu ändern, dass Familie und Beruf besser vereinbar werden können. Dies entspricht auch den Wünschen der Frauen. Schaidinger war daraufhin, dass nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftspolitik knapp 70 Prozent der nicht erwerbstätigen Frauen mit Kindern bis zu 12 Jahren gerne ein Berufswahlrecht wählen wollten. Zugleich würden 90 Prozent der Mütter von Kleinkindern und 75 Prozent der Mütter von Kindergartenkindern als Grund für ihre Nichterwerbstätigkeit angeben, keine ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten zu finden. Schaidinger: „Damit besteht akuter Handlungsbedarf!“

Für den Vorsitzenden des Städtetags muss die Familienpolitik neu ausgerichtet werden und die Väter als Teil der Familie in den Blick genommen werden. So sollten Erziehungsgeld als Lohnersatz oder Erziehungsurlaubs-Regelungen für Väter stärker in den Vordergrund

Erwartungen der Städte an eine neue Bundesregierung

Mit Blick auf die aller Voraussicht nach zu erwartende Neuwahl des Bundestags hat der Vorstand des Bayerischen Städtetags seine Erwartungen an eine neue Bundesregierung vorgestellt. Danach fordert die Städtevertretung, dass der Gewerbesteuer erhalten bleibt, die Verantwortung für Hartz IV nicht auf die Kommunen verlagert wird und die Städte bei den Sozialausgaben entlastet werden.

Der Städtetag begrüßt, dass sich sowohl die SPD als auch die CDU/CSU in ihren Wahlprogrammen für den Fortbestand der Gewerbesteuer ausgesprochen und die Grünen sogar ausdrücklich die Erhaltung der Gewerbesteuer in den Wahlprogrammen für eine kommunalen Betriebssteuer beschlossen haben. Scharf kritisiert wurden dagegen von den Kommunalpolitikern die FDP und die Wirtschaftsverbände, die die Gewerbesteuer abschaffen wollen. Die Gewerbesteuer sei nach wie vor die wichtigste Einnahmequelle für Städte und Gemeinden.

Gewart hat der Städtetagvorstand davor, die Arbeitslosigkeit zu kommunalisieren, weil die Konstruktion der Arbeitsgemeinschaften und die Technik nicht auf Ansoh funktionier haben. Diese schwierige gesamtgesellschaftliche Aufgabe könne nur gemeinsam in der Zusammenarbeit zwischen Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen geleistet werden. Die Städte und Gemeinden sind im kommenden Wahljahr nicht nur aus finanziellen Gründen ab. Sie sehen sich nicht in der Lage, das bundesweite Arbeitsmarktproblem zu lösen. Darüber hinaus können die Städte im Gegensatz zu den Arbeitsagenturen die Arbeitslosen nur durch Weiterbildung unterstützen.

Das eigentliche Ziel von Hartz IV, Langzeitarbeitslose besser zu vermitteln, sieht ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Reform immer noch hauptsächlich auf dem Papier. Die akuten Probleme von Hartz IV können in der Anfang an bestehenden personellen Unterbesetzung und in der erheblichen Menge des zentralen EDV-Programms AZ11. Große Sorgen bereiten den Kommunalpolitikern die nach wie vor überproportional steigenden Ausgaben für Aufwandsersatz. Weiterhin besteht die Hoffnung, dass die bayerischen Kommunen für die verschiedenen sozialen Leistungen ausgeben.

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags bedauert, dass der Deutsche Bundestag die Chance verlor hat, die im Umfang der Sozial- und in der Jugendhilfe jährlich um eine halbe Milliarde EUR zu entlasten, in dem er das Gesetz zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) abgelehnt hat. Damit wäre auch Aufwandsersatz im Sozialstaat nach KEG senke eingeführt worden. Das KEG hätte nur überzogene Leistungen auf ein gerechtes Maß zurückgesetzt. □

recken. Schaidinger: „Städten, in denen mehr Männer Teilzeit arbeiten, haben deutlich höhere Geburtenraten.“ Die bayerische Landesgruppe, zu der auch die Bundesrepublik gehört.“

Für den Städtetagssprecher liegt es auf der Hand, dass die Gesellschaft Zeit braucht, um neue Rollen zu akzeptieren und sie auch zu leben. Doch werde es ohne diese Bereitschaft nicht gelingen, die Geburtenrate in Deutschland anzuhoben. Konkret forderte der Städtetagssprecher ein ausweichendes, ein ausbreitendes, ein ausbreitendes in Form von Kinderkrippen, Tagesmüttern, Kinderkrippen, Kinderhorten und staatlichen Kindertagesstätten vorzuziehen. Die Wirtschaft forderte er, einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Ausbau familienfreundlicher Maßnahmen zu leisten. Dazu gehören Teilzeitarbeitsplätze in ausreichendem Umfang, Telearbeit für Beschäftigte in Elternzeit und flexible Arbeitszeiten für Eltern. Außerdem sollten die Unternehmen betriebliche oder betrieblich unterstützte Kinderbetreuung anbieten.

Weitere Entlastung

Explizit sprach sich Schaidinger dafür aus, die Familienfinanziell noch weiter zu entlasten und zu verlichten. Für einen stärkeren Zusammenhang mit Lohnersatzfunktion oder Familienlosgeld, das es einem Elternteil ermöglicht, auf Erwerbsarbeit zu verzichten. Für einen wichtigen Ansatzpunkt halt der Städtetagsvorsitzende auch eine kinderreife Ausgestaltung der Ausbildung in Deutschland, da dieser immer länger, bis die Ausbildung beendet ist und die jungen Menschen an den Aufbau einer Familie denken könnten. Dies habe vor Folge, dass immer weniger Kinder geboren werden und zu verzichten. Für einen stärkeren Zusammenhang zwischen der Ausbildung und der Einkommensgruppen in arge Bedrängnis.

Die in Deutschland vorherrschende „ewige Jammerei“ sei schädlich kein gesellschaftliches Klima, in dem ein Kinderwunsch reife. Die Ude, ob der Stadt München und erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, machte in seinem Redebeitrag deutlich, dass Kinderreichtum zunächst ein Armutsrisiko darstelle. Kindesarmut sei oftmals die Folge von Arbeitslosigkeit, Scheiterns und Erwerbschancen sowie attraktiver Kulturangebote. Kinder zu haben, bringe gerade mittlere Einkommensgruppen in arge Bedrängnis.

Die in Deutschland vorherrschende „ewige Jammerei“ sei schädlich kein gesellschaftliches Klima, in dem ein Kinderwunsch reife. Die Ude, ob der Stadt München und erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, machte in seinem Redebeitrag deutlich, dass Kinderreichtum zunächst ein Armutsrisiko darstelle. Kindesarmut sei oftmals die Folge von Arbeitslosigkeit, Scheiterns und Erwerbschancen sowie attraktiver Kulturangebote. Kinder zu haben, bringe gerade mittlere Einkommensgruppen in arge Bedrängnis.

Die in Deutschland vorherrschende „ewige Jammerei“ sei schädlich kein gesellschaftliches Klima, in dem ein Kinderwunsch reife. Die Ude, ob der Stadt München und erster stellvertretender Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, machte in seinem Redebeitrag deutlich, dass Kinderreichtum zunächst ein Armutsrisiko darstelle. Kindesarmut sei oftmals die Folge von Arbeitslosigkeit, Scheiterns und Erwerbschancen sowie attraktiver Kulturangebote. Kinder zu haben, bringe gerade mittlere Einkommensgruppen in arge Bedrängnis.

Reizthema Feinstaub? - Vielen spricht für Erdgas

Saubere Luft ist seit Januar 2005 einklagbar

(Weilheim.) Mit Jahresbeginn 2005 sind EU-weit strenge Luftqualitätsziele in Kraft getreten. Sie legen Grenzwerte für den Ausstoß von Feinstaub und Stickstoff fest. In allen die Abgas von Dieselfahrzeugen haben daran erheblichen Anteil. Dies stellt zahlreiche Städte und Ballungsräume in Deutschland vor Probleme, da sie meist die neuen Grenzwerte nicht einhalten können. Verkehrsbegrenzungen können aus Expertenmeinung die drastische Folge sein.

Wer sich für den Treibstoff Erdgas entscheidet, kann den geplanten einschneidenden Maßnahmen wie beispielsweise einem Fahrverbot entgegen. Denn Erdgasfahrzeuge emittieren kein Rußpartikel. Auch der Ausstoß von Kohlenmonoxid, Kohlendioxid und Schwefeldioxid wird deutlich reduziert. Und wer heute auf Erdgas umsteuert, setzt, ist auch bereits für die nächste Stufe der Luftqualitätsziele gewappnet, denn sie halten

bereits die ab 2010 gültigen strengeren Grenzwerte für Stickoxide ein. Erdgas ist also nicht nur eine umweltschonendere, sondern zudem eine wirtschaftliche Kraftstoffalternative. Im Rahmen der ökologischen Steuerreform ist Erdgas als Kraftstoff bis 2020 mineralölsteuerbegünstigt. In diesem Zusammenhang ist die Stadt Weilheim/Landrat Luitpold Braun zu den Bedingungen im Landkreis Weilheim-Schongau.

Alle wissen, dass Feinstaub aus zahlreichen Quellen im Straßenverkehr stammt. Bisher sind nur die großen Städte wie München, Augsburg etc. betroffen. Wie sieht es in Ihrer Kommune hierzu aus?

Landrat Braun: Im Gegensatz zu den Städten und Gemeinden sind die Landkreise davon nicht direkt betroffen. Wir wollen aber noch in diesem Jahr ein weiteres erdgasbetriebenes Dienstfahrzeug beschaffen.

Engriffsmöglichkeiten ergeben sich insbesondere beim Straßenverkehr, der ein Drittel des lokalen Verkehrsaufschlags und die gefährlichsten Partikel liefert. Wo setzen Sie als erstes an?

Landrat Braun: Im Vergleich zu den Städten und Gemeinden sind die Möglichkeiten

der Landkreise sehr eingeschränkt. Als Beitrag zur Reduzierung von Emissionen und Teilnehmern an der Luftreinhaltung beim Landratsamt bereits erdgasbetriebene Dienstfahrzeuge im Einsatz. Eines davon ist ein Dienstwagen. Außerdem wurde vom Landkreis im Rahmen des ÖPNV der Bau einer Erdgastankstelle bezuschusst, die 2003 in Betrieb genommen wurde. Ein Gemeinschaftsprojekt der Firmen Erdgas Südbayern GmbH (ESB) und Regionalwerk Oberbayern GmbH. Im Gegenzug dazu hat sich die RVO, das regionale Busunternehmen, bereit erklärt, ihren Fahrpark schrittweise auf Erdgasfahrzeuge umzustellen.

Sie haben in Ihrem Landkreis Erdgas im ÖPNV eingesetzt. Gibt es eine direkte Resonanz von Seiten der Bürger an Sie, gerade auch in Bezug auf die derzeitige feinstaub-Debatte?

Landrat Braun: Die Bürger haben mir gegenüber die Einführung der erdgasbetriebenen Busse gelobt.

Wie sieht die Planung hierzu aus? Werden weitere Erdgasbusse angeschafft?

Landrat Braun: Die bereits erwählt, wird die RVO ihren Fahrzeugbestand weiter auf Erdgasfahrzeuge umstellen. Im Sommer 2004 wurde sechs moderne erdgasbetriebene Niederflerbusse an die RVO Niederlassung in Weilheim ausgeliefert. Im Herbst dieses Jahres werden fünf weitere Busse der neuesten Generation in der Weilheimer Niederlassung erwartet. Somit ist bereits eine Hälfte der RVO-Flotte auf Erdgas umgestellt. Zwischenzeitlich fahren bei uns im Landkreis Weilheim-Schongau bereits 20 Erdgasbusse.

Der Energieversorger Erdgas Südbayern GmbH (ESB) hat sich schon seit längerer Zeit für den Ausbau ihrer Erdgas-Fahrzeugflotte entschieden. Es ist für uns selbstverständlich, diese Fahrzeuge einzusetzen. Zusammen mit unseren Mitarbeitern sind wir froh, mit der innovativen Technik eine Vorreiterrolle in puncto Verbesserung der Luftqualität in unseren südbayerischen Landkreisen einzunehmen, so Werner EßB, Geschäftsführer der ESB.

Mit einem insgesamt zu freidenstellenden Gewinn sei zu rechnen. Sorgen bereiten der Branche sind ihren 700 Gasversorgern die Maßnahmen, die im Rahmen der Liberalisierung des Gasmarktes getroffen wurden. Mössner: Es kommt nicht nur ein Regulierer, sondern im Rahmen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ein Wast von Bürokratie und damit eine Flut von Kosten auf uns zu. Für alle damit verbundenen Probleme ziehen sich noch längst keine Lösungen ab.

„Erdgas ist im Vergleich preisgünstig“

Bayerns wehrt sich gegen Vorwurf der Abzockeri Bundeskartellamt für langfristige Verträge mit Kommunen

In den nächsten Jahren werden die Verbraucherpreise für Erdgas massiv zurückgehen. Das behauptet der Vorstandsvorsitzende Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, München. Der größten konzernunabhängigen, kommunalen Beschaffungsgesellschaft, die weltweit unabhängig weiter steigende Nachfrage nach Erdgas und damit auch Erdgas sowie die Tatsache, dass die Produktionskapazitäten in Europa auf fast die Hälfte an ihre Grenzen stoßen und kurzfristig nicht erweitert werden können. Die angespannte Lage auf den Energiemärkten werde im Inland versichert durch Bestrechnungen des Bundeskartellamtes, in den Beziehungen zwischen Gasversorgern wie Bayerngas und ihren Abnehmern nur kurzfristige Verträge über allenfalls zwei Jahre zuzulassen.

Mössner hält die Haltung des Kartellamtes für „absolut tödlich“, denn auf der Beschaffungsebene sind weltweit langfristige Verträge von 20 bis 30 Jahren üblich, was erheblich zur Versorgungssicherheit beitrage. Solche langfristigen Verträge könne man als Bezahler auch kaum abschließen, wenn man bei der Forderung nicht auch langfristig disponieren könne. Das Amt, so Mössner in der Bilanzpressekommunikation, sollte direktiven, so und wie es ein Energie- und nicht mit den Rassenmäher arbeiten. Es müsse auf die Fristigkeiten bei Beschaffung und Abgabe Rücksicht nehmen. Demnach, so der Geschäftsführer, werde es zu Gespächtern, werden es die Gassektionen und dem Kartellamt kommen.

Fristigkeiten bei Beschaffung und Abgabe

Auf der anderen Seite sind von dem Fristigkeitensproblem zahlreiche Kommunen betroffen, denn zu den Kunden zählen mit rund 47 Prozent Städte wie München, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Landau und Neugemünd, auch Ulm/Neu-Ulm, die alle zu 40 Prozent Gesellschafter sind, mit 40 Prozent Regionalvertreiler wie die Städte Garmisch-Partenkirchen, Siedbayer, die zahlreiche kleinere Gemeinden versorgen, aber auch Industriekunden mit 16,5 Prozent. 2,3 Prozent des Gasumsatzes gehen in den Export, vor allem nach Tirol, dessen Titas-Erdgas Tirol GmbH jetzt auch zu den Gesellschaftern gehört. Mössner hofft, über Kooperationsnetze weitere Kommunen an die Gasversorgung zu binden. „Man strebe keine Fusionen an, denn wir sind kein Konzern“. Der Gesellschafterkreis, aus dem vor 15 Jahren die vier wichtigsten nach Kartellamtsauflagen abgeschieden sind, soll nicht mehr neuwertend erweitert werden.

und neue Leitungen zu bauen, was mindestens vier bis fünf Jahre dauert und viele Milliarden Euro an Investitionen erfordert. Große Gasvorkommen gibt es am Kaspischen Meer und im Iran. Dazu Mössner, auch mit Blick auf das Bundeskartellamt: „Die nötigen Investitionen lassen sich nicht ohne langfristige Verträge auf der Bezugs- und der Absatzseite aufbringen.“ Sie seien aber dringender nötig, weil zum Beispiel die Vorkommen in Großbritannien und den Niederlanden allmählich zu Ende gehen und Russland seinen Gasexport zu senken, nach China orientiert.

Um für die Zukunft gerüstet zu sein, wird die Kapazität des eigenen ErdgasSpeichers vor den Toeren Münglings durch Druck erhöht. Die nötigen Investitionen lassen sich nicht ohne langfristige Verträge auf der Bezugs- und der Absatzseite aufbringen.“ Sie seien aber dringender nötig, weil zum Beispiel die Vorkommen in Großbritannien und den Niederlanden allmählich zu Ende gehen und Russland seinen Gasexport zu senken, nach China orientiert.

Ungerechtfertigte Kritik

Angesichts der geschilderten Engpässe hält man bei Bayerns die Kritik an den Gaspreisen für nicht gerechtfertigt. Die

Haushaltspreise seien im Vergleich noch immer relativ günstig. So sei von Januar 2004 bis März 2005 Brent-Rohöl um 61 Prozent teurer geworden, welches Heizöl um 44, Kohle um 40, Diesel um 25 Prozent, Haushalts-Erdgas aber „nur“ um 15 Prozent. Im April 2005 hätten die Gaspreise für Haushaltdkunden (inkl. Steuern) in Deutschland leicht unter dem europäischen Durchschnitt gelegen und für Industriedkunden sogar deutlich unter dem Durchschnitt. Mössner: Große Gaskunden müssen wirklich nicht ausweichen.

Preisbildung

Bei der Preisbildung zu berücksichtigen sei, dass in Deutschland der - am CO₂-Stoß gemessen - unumwandelte Energieerzeuger Erdgas mit 0,70 Cent je kWh am höchsten besteuert wird. Steinkohle und Braunkohle werden gar nicht besteuert, leichtes Heizöl mit 0,56 Cent und schweres Heizöl mit 0,20 Cent. Mössner: „Je unumwandelte die Energie, desto höher die Besteuerung bei uns.“

Nachdem die Haushaltsgaspreise meistens die 1. Juli oder 1. August erhöht worden sind, sieht Mössner „die Zeit der deutlichen Preis erhöhungen kurzfristig vorbei“. Aber mittel- und

langfristig sei mit einem deutlichen Anstieg aller Energiepreise zu rechnen. Bei Bayerns verteidigt man die seit 35 Jahren bestehende Bindung des Gaspreises an den Ölpreis. Durch diese sogenannte Ölpreisbindung wurden Preisstößen abgefangen, wettbewerbsfähige Preise besonders gegenüber Öl gewährleistet und langfristige Beschaffungsverträge zur Versorgungssicherheit ermöglicht. Außerdem hätte die Ölpreisbindung Schutz gegen oligopolistischen Preisdruck. „Wenn man alle Fakten berücksichtigt, kann niemand sagen, die Gasversorger hätten ihre Kunden durch willkürliche Preis erhöhungen abgezockt.“

Geringere Umsatzerlöse

Diese Ansicht wird unterstützt durch die Tatsache, dass 2004 trotz des Rekordabsatzes die Umsatzerlöse wegen des zunehmenden Wettbewerbs und der zwischenzeitlichen Ölpreisentwicklung leicht um 0,7 Prozent auf 1,307 Mrd. Euro zurückgegangen sind. Das Ergebnis (vor Steuern) von 31,1 (31,6) Mio. Euro sei nicht überwältigend, so der Geschäftsführer, aber zufriedenstellend. Im laufenden Jahr ist bisher der Gasabsatz um 7 Prozent gestie-

Erdgas neuwertig bis 2020

Das kleine Geschäft mit Erdgas als Autotreibstoff wächst langsam. In Deutschland gibt es derzeit etwa 600, in Bayern 70 Erdgastankstellen. Pro Woche kommen zwei bis drei dazu. Bis 2007 sollen es in Deutschland rund 1000 und in Dren 160 bis 200 werden. Erdgas ist als Treibstoff gegenüber Diesel um etwa 30 Prozent, gegenüber Benzin um etwa 60 Prozent billiger. Außerdem genießt es bis 2020 Steuervorteile. Ein mit Erdgas betriebenes Auto ist an derersetztes um 2500 bis 3000 Euro teurer als herkömmliche Vergleichsfahrzeuge. **dbg.**

Drei neue Erdgas-Taxis:

Frische Luft in Nördlingen

Drei ägelnene Erdgasfahrzeuge übergab kürzlich Albert Schweizer vom Autohaus Schweizer an den Taxi-Unternehmer Harald Rößberger. Helmut Kaumeier von Erdgas schwaben überreichte bei der Gelegenheit einen Tankgutschein über insgesamt 3.000 Kilogramm Erdgas, damit können die Taxis insgesamt rund 50.000 Kilometer weit.

Harald Rößberger hat sich auf jeden Fall, wenn ich auf Erdgas umsteige - ganz abgesehen von der guten Luft, die ich hinterlasse.

Optimale Taxi-Eigenschaften

Mit dem Zafira hat Harald Rößberger einen Wagen gefunden, der sich optimal für seinen Taxibetrieb eignet. „Bis zu sechs Fahrgäste kann ich mitnehmen. Ein Vorteil gerade nachts, wenn sich mehrere zusammen ein Taxi nehmen. Das Autohaus Schweizer hatte im Herbst einen Zafira CNG als Vorführwagen da. Den habe ich einen Tag lang getestet. Ich bin mit dem Erdgasauto in der Stadt und über Land gefahren und habe

einfach mal ausprobiert, wie es sich mit Erdgas fährt, auch schon mal ordentlich Gas gegeben, um zu schauen, ob er tatsächlich so gut beschleunigt.



Anfang Juni wurden an den Taxi-Unternehmer Harald Rößberger drei neue Erdgasfahrzeuge Opel Zafira übergeben.

Wettbewerbsfähigkeit verbessert

Die Entwicklung der Spritpreise im letzten Jahr ließ den Gedanken fallen, „Spritkosten sind ja kein unerheblicher Faktor bei mir, meine Wettbewerbsfähigkeit erhöhe

Bundesweiter Wettbewerb „Energiesparkommune“:

München ist Gesamtsieger

Nürnberg auf einem hervorragenden dritten Platz

In einer Auszeichnungsfest in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin haben Bundesumweltminister Jürgen Trittin sowie Professor Dr. Harald Kächele, Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe (DUH, Radolfzell), die bayerische Landeshauptstadt zur „Bundeshauptstadt für „Energiesparen“ gekürt. München ist als zweitbestes „Energiesparkommune“ im Jahr 2005 als Gesamtsiegerin hervorgegangen, zu dem die DUH im Januar dieses Jahres unter der Schirmherrschaft des Bundesumweltministers aufgerufen hatte. Den ersten Platz belegte die Landeshauptstadt darüber hinaus auch in der Kategorie für „Städte über 100.000 Einwohner“ sowie im direkten Vergleich der bayerischen Kommunen.

Müchens Umweltreferent Joachim Lorenz zufolge ist die Auszeichnung „eine eindrucksvolle Bestätigung für eine Kommunalpolitik, die sich mit Konsequenz in den zurückliegenden Jahren an den Zielen des Umwelts und Klimaschutz orientiert hat“. „Unsere Politik der Schonung begrenzter Energieressourcen hat nicht nur zu einer Entlastung von Umwelt und Klima, sondern gleichzeitig zu einer spürbaren Entlastung des städtischen Haushalts beigetragen.“

Nürnberg belegte von allen teilnehmenden Kommunen den dritten, in der Teilmehrkategorie

gärten und Kindertagesstätten an KEIM (Keep energy in Mind), die Stromspareffolge bei der Straßenbeleuchtung, die vorbildliche energetische Sanierung des Stadtquartiers St. Johannes durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft wbg auf Niedrigenergiebaustandard, das CO₂-Minderungsprogramm und die Altbaugebiet Mitteilfranken.

Ideensammlung wird veröffentlicht

Der diesjährige Wettbewerb „Energiesparkommune“ der Deutschen Umwelthilfe sammelt nun die vielen positiven, kommunalen Ansätze zur Reduzierung des Energieverbrauchs bzw. zum effizienten Einsatz von Energie und macht sie auch über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. 77 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland hatten sich an Wettbewerb „Energiesparkommune“ im Jahr 2005 beteiligt. **JK**

Verhaltensbedingte Anreizmodelle

Großes LO erhielten Nürnberg Engagement für verhaltensbedingte Anreizmodelle, insbesondere die Teilnahme der Nürnberger Schulen, Kinder-

Jetzt kann ich sagen: der zieht mindestens genauso gut ab wie mein Diesel.“ Und Erdgasfahrzeuge kennen kein Feinstaub-Problem. Deshalb empfehlen nicht nur ADAC und VCD das Umsteigen auf Erdgas: Auch das Bundesumweltministerium setzt mit einem großen Teil seiner Dienstfahrflotte auf Erdgas als Kraftstoff. **□**

Beratungsgespräche bei Erdgas schwaben:

15 Prozent mehr Nachfrage bei Erdgasfahrzeugen

„Im Moment wollen sich viele ein neues Auto geben. Wir merken: der Trend zum Erdgasfahrzeug geht bei Feinstaub-Diskussion und steigenden Spritpreisen weiter nach oben. Um etwa 15 Prozent ist die Nachfrage gestiegen“, so Bernd Hüger, Energieberater von Erdgas schwaben, der gemeinsam mit Birgit Maria Wöber von der Münchner Beratungsfirma „gigas“ kürzlich in Donaauw mehr als 100 Beratungsgespräche führte.

Erdgas, das ist vielen klar, ist eine clevere und saubere Alternative zu konventionellen Fahrzeugbenzin. Technisch ausgereifte Erdgasfahrzeuge bieten inzwischen die meisten Automobilhersteller an. Meist sind die Modelle verfügbar, das heißt, sie können sowohl mit Benzin als auch mit Erdgas betrieben werden. „Sie merken gar nicht, ob Sie gerade mit Benzin oder Erdgas fahren“, so Frau Wöber. „Denn Sie können mit einem Schalter während der Fahrt problemlos zwischen Erdgas und Benzin hin- und herschalten.“

50 Prozent weniger Spritkosten

Trotzdem fahren Erdgas-Fahrer eigentlich nie mit Benzin. Denn mit Erdgas sparen sie bis zu 50 % Spritkosten. Dass man damit auch noch etwas für den aktiven Klimaschutz tut, ist für die meisten der zweite Grund für ein Erdgasfahrzeug. Erdgasfahrzeuge kennen kein Feinstaub-Problem und halten auch strenge Abgasnormen spielend ein. „Warum noch 20 Jahre auf ein Wasserstoff-Fahrzeug warten, wenn man schon heute gleichzeitig umweltbewusst handeln und wirtschaftlich Auto fahren kann?“, fragt Manfred Köhler, seit Jahren überzeugter Erdgas-Fan. **□**

Erneuerbare Energien bieten Einkommensalternativen

Bei den BayWa-Agrararten in Hohenkammer wurden neue Geschäftsfelder vorgestell

Hohenkammer. Unter dem Motto „Die Märkte der Zukunft“ präsentierte die BayWa AG bei den Agrartagen in Hohenkammer die neuesten Entwicklungslinien im Bereich erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Wie Agrarvorstand Ralf Trager vor der Presse erklärte, erfahren zur Zeit erneuerbare und nachwachsende Energien eine starke, gesellschaftliche und politische Unterstützung auf EU- und nationaler Ebene. Die Landwirtschaft könne davon profitieren und in Zeiten einer strukturellen Überschussituation von Agrarerzeugnissen neue Geschäftsfelder eröffnen.

Der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen in Form von Raps für so „Biodiesel“, Ethanolweizen für „Bioethanol“ oder Energiepflanzen für „Biogasanlagen“ könnte den Landwirten neue Einkommensalternativen bieten. Das hierbei das Adjektiv „Bio“ nicht gleichzusetzen sei mit dem „Bio“-Qualitätsmerkmal bei Lebensmittel erlärte Trager auf Anfrage. Zudem bauierte er, dass große Mengen Palmöl importiert und steuerlich subventioniert würden um Fehlengängen auszugleichen.

Die Produktionskapazitäten für Biodiesel von derzeit 1,2 Millionen Tonnen werden laut

1,6 PKW werden in Hohenkammer vorgestellt. Als erster Automobilhersteller wird Ford ab Mitte August diese innovative und umweltfreundliche Antriebstechnologie in Deutschland anbieten. Die beiden Fahrzeugtypen können sowohl Superbenzin als auch Biodiesel antriebsfähig beliebig Benzin-Ethanolmischungen tanken. Der hauptsächlich Umweltvorteil der Ford-Ethanol-Fahrzeuge liegt in der Verdrängerung der CO₂-Emissionen. Diese Technologie ist daher umweltfreundlich, kostengünstig und auch in der Zukunft bestens bewährt. Die Bundesregierung hat sämtliche „Bio“-Kraftstoffe, darunter auch Bio-Ethanol als direkten Kraftstoffzusatz von der Mineralölsteuer befreit und zwar zunächst bis Ende 2009. Der Produktionsanstieg mit einer Gesamtkapazität von gut einer halben Million Tonnen Bioethanol sind vor der Inbetriebnahme. Dafür würden 1,6 Millionen Tonnen Getreide verarbeitet. Das bedeutet einen Flächenbedarf von 230.000 Hektar.

Schließlich ging der BayWa-Vorstand noch auf die Produktion von Biogas ein. Für die Bundesrepublik werde die Anzahl der von Landwirten betriebenen Biogas-Anlagen bis Ende 2005 auf 4.000 geschätzt. Die BayWa engagiere sich sowohl in Anlagenbau als auch bei der Rohstoffbeschaffung.

Kraftstoffe auf Pflanzenbasis

Ein weiterer Kraftstoff auf Pflanzenbasis ist Ethanol als Beimischung zu Ottokraftstoffen.

Bayern das Bioethanol betriebe

...

(Fortsetzung von Seite 3)

Herausgehoben wurde, dass Wasserkraft eine „rundum saubere Energie“ sei. Deren Nutzung bedeute angewandten Umweltschutz. In Deutschland können fünf Prozent des gesamten Strombedarfes aus Wasserkraft gedeckt werden.

Aufmerksam gemacht wurde auf die hohen Investitionen zum Hochwasserschutz, mit rund 180 laufenden Kilometern Dämmen und Deichen bei den BEW und ca. 1200 Kilometern Dämmen und Deichen bei E.ON-Wasserkraft.

Biber bereiten Sorgen

Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch die stark zugenommenen Biber-Bestände brachte Dr. Karl Heil zur Diskussion. Die Kostenbeständen für die Kraftwerk-Betreiber seien alarmierend geworden (siehe „Bayerns-Großminderzeitung“ vom 23. Juni 2005. „Biber wird zur Gefahr für Öffentliche Sicherheit“ - jdt-

Gute Ernte erwartet

Für dieses Jahr erwartet die BayWa AG gute Aufwuchsbedingungen für Getreide und eine erneut große Ernte. Ludwig Hochstetter, der Leiter landwirtschaftliche Erzeugnisse, rechnet nach der letztjährigen Rekordernte von acht Millionen Tonnen heuer mit einem Ergebnis von sieben Millionen Tonnen. Der BayWa-Konzern habe in abgelaufenen Wirtschaftsjahr gut vier Millionen Tonnen Getreide und Ölsaaten gehandelt und erwarte ein ähnliches Volumen für das dies Wirtschaftsjahr. Im ersten Halbjahr 2005 habe der Konzern rund 600.000 Tonnen mehr abgesetzt als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Exportanteil betrage derzeit 25 Prozent. **escho**

E.ON investiert kräftig

Zwei neue Kraftwerke / Gaspreise steigen weiter / Strompreise einstellen stabil

Der E.ON-Konzern, größter deutscher Stromversorger, in dem Veolia und Bayernwerk aufgingen sind, steht vor großen Investitionen. Bis zum Jahr 2007 will die in München beheimatete Tochter E.ON Energie AG 6,8 Mrd. € ausgeben, vor allem für den Erhalt und den Ausbau der Energie-Infrastruktur. Ein erheblicher Teil dieser Mittel wird in Bayern investiert, wo unter anderem zwei Kraftwerke gebaut werden. Diese Investitionen werden unabhängig davon getätigt, ob die nächste Bundesregierung die Laufzeit für Kernkraftwerke verlängert oder nicht, sagte Johannes Teysson, Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG, vor der Presse. Bei gleicher Gelegenheit kündigte er eine Erhöhung der Gaspreise an. Dagegen dürften in diesem Jahr die Strompreise nicht weiter steigen.

Das Teyssens Darstellung Energiewirtschafts- (Regulierungs-)Gesetz. Wenn man sich auch nicht über alle Teile freue, zeitlich. Ursachen sind die stark gestiegenen Primärenergiepreise, vor der Anstieg der CO₂-Kosten, die Staatsquote in Deutschland von ca. 40 Prozent und die wachsenden Nachfrage zum Beispiel durch die Schwel- lenländer China und Indien. So haben allein von Januar 2004 bis April 2005 die Importpreise für Erdgas um 32 Prozent und die Ölpreise um mehr als 30 Prozent angezogen. Die Strompreise waren 2004 und Anfang 2005 erhöht worden. Trotz dieser Gegebenheiten, so der Chef von E.ON Energie, liege Deutschland bei den Strom- und Gaspreisen weiter vom Niveau noch von der Preisdynamik her an der Spitze. Die Preise der E.ON-Regionalversorgungsunternehmen lagen im Bundesdurchschnitt nach wie vor im unteren Drittel.

Zukunftssicherung

Vor diesem Hintergrund stehen, so Teysson, in den nächsten Jahren für die deutsche Energiewirtschaft entscheidende Weichenstellungen an die Energieerzeugung. Die Umweltverträglichkeit erforderende weltweite Investitionen. So habe die Internationale Energieagentur (IEA) einen weltweiten Anstieg des Primärenergiebedarfs um fast 60 Prozent vorausgesagt. E.ON habe sich deshalb die Ziele „Erneuerung“ „Wachstum“ - „Zukunftssicherung“ gesetzt.

Strom und Gas

Hierzulande gehe es um die Erneuerung und den Ausbau von Kraftwerken und Netzen, damit eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung erhalten werde. Das gilt nicht nur für die Stromversorgung, sondern auch für die Gasversorgung, die ebenfalls vom E.ON-Geschäft gehört. Für Gasverfügbarkeit sorgt die Schweregesellschaft E.ON Ruhrgas.

Was die Stromversorgung betrifft, ist mehr als ein Drittel des heutigen E.ON-Kraftwerksparks im Jahr 2020 mindestens 40 Jahre alt. Viele konventionelle Anlagen erreichen in absehbarer Zeit das Ende ihrer technischen Laufzeit. Weitere Kapazitäten entfallen, wenn es bei der vorgezogenen Abschaltung der Kernkraftwerke bleibt. Im Netzbereich führt der Ausbau der Windenergie zu Engpässen. Deshalb müssen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein große Hochspannungsleitungen zusätzlich gebaut werden.

Langfristiges Konzept

Bei E.ON fordert man, dass im traditionellen energiewirtschaftlichen Zeitdruck der Umweltschutz nicht länger gegenüber Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit einseitig bevorzugt wird. Teysson: „Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahl erhoffen wir uns von der neuen Bundesregierung ein schlussiges und langfristiges Energiekonzept.“ E.ON begrüße ausdrücklich die Einigung beim

vorbringen, weil sie effizienter als herkömmliche Techniken sei und den Kohlendioxid-Ausstoß reduziere. Die Wirkungsgrade reichen an 60 Prozent heran, was mit Kohle nicht zu schaffen sei. Außerdem soll bis 2011 in Datteln im Ruhrgebiet ein 1000-MW-Steinkohlekraftwerk ans Netz gehen.

Wiederinbetriebnahme

Um den Energiebedarf auf jeden Fall decken zu können, kann E.ON neben dem geplanten Neubauten kurzfristig 1.500 MW durch die Wiederinbetriebnahme derzeit „eingemotteter“ Kraftwerksblöcke realisieren. Dies könnte zum Beispiel im bayerischen Pleinting bei Vilshofen der Fall sein. Außerdem wären 500 MW durch Leistungserhöhungen vorhandener Anlagen zu mobilisieren.

An den vorgesehenen Investitionen steht sich auch nichts

ändern, „wenn die Politik etwa später die Laufzeitbegrenzung für Kernkraftwerke ausweitet oder aufhebt.“ Insofern, so Teysson, sei die Argumentation, dass längere Laufzeiten jetzt Investitionen verhindern, grundfalsch. Im E.ON-Kraftwerkspark ergäben sich durch einen Politikwechsel nennenswerte Veränderungen erst in der nächsten Dekade. Dass man bei E.ON dennoch die Kernenergie nicht aus den Augen verliert, zeigt, die Tatsache, dass der Konzern zum Thema Reaktorsicherheit an der Technischen Universität München einen Lehrstuhl finanziert, „der ohne diese Gelder wohl nicht mehr existieren würde.“

Erneuerbare Energien

Einen festen Platz im Energiemix haben nach E.ON-Darstellung mittlerweile die erneuerbaren Energien eingenommen. Der Konzern engagiere

sich aktiv für den Einsatz dieser umweltfreundlichen Energien. Der Mittelfristplan enthalte hierfür mehr als 1 Mrd. Euro. Man werde keine Entwicklung verschlafen. Speziell bei den Übertragungs- und Verteilernetzen für die Windstromspeisung sei man aber an die Grenzen der Belastbarkeit gestoßen. Die Netzstudie der Deutschen Energieagentur (dena-Studie) vom Februar dieses Jahres beziffere den Aufwand für den notwendigen Netzausbau in Deutschland auf rund 3 Mrd. Euro. Unterstelle man Verkabelung, wie zuweilen gefordert werde, seien sogar 12 bis 15 Mrd. Euro nötig.

Ein weiteres zukunftsrechtliches Geschäftsfeld sieht E.ON in der thematischen Abfallbehandlung (Müllverbrennung). Auf diesem Gebiet, das vor allem für eine zusätzliche Reduktion der teuren CO₂-Emissionen sorgt, hat der Konzern in Deutschland

Zum neuen Energiewirtschaftsgesetz:

Vertriebspartnertagung der N-ERGIE in Nürnberg

Hohe Steuern belasten die Strompreise

Die diesjährige Vertriebspartnertagung der N-ERGIE in Nürnberg, stand ganz im Zeichen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), das Anfang Juli in Kraft trat. Die Vertreter von 45 Stadt- und Gemeindeverken, die von der N-ERGIE Strom beziehen, sowie teilweise in Personalmannschaft von 30 regionalen Gasversorgungunternehmen interessierte vor allem die zeitliche Umsetzung der EnWG sowie mögliche Auswirkungen auf die Kostenstruktur und Personalplanung.

Während das alte EnWG ausgerechnet einmal 19 Paragraphen bestand, stellt das neue EnWG mit 118 Paragraphen sowie weiteren, noch nicht verabschiedeten Verordnungen eine große Herausforderung besonders für kleinere Energieversorger dar.

Richtlinie der Europäischen Union

Wolfgang Vetter, Leiter des Referats für technische Grundsatzfragen des Netzbetriebs in der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, erläuterte die künftige Umsetzung der Regulierung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für kleine und mittlere Energieversorger.

Robert Grünis, Prokurist bei der Wien Energie GmbH und Gerhard Lavicka, Leiter Netzmanagement bei der Wien Energie Wienstrom GmbH, berichteten über die in Österreich getriebenen Maßnahmen in der Regulierungsbehörde. In der anschließenden Podiumsdiskussion wurde über den Zeithorizont und die zu erwartenden

Energieversorger mit weniger als 100.000 Kunden sind vom gesellschaftsrechtlichen, nicht jedoch vom informatischen und buchhalterischen Umbundung befreit.

Ziel des Umbundung ist es, dass alle Unternehmen auf dem Energiemarkt die gleichen Wettbewerbschancen haben. Auch ein Stromerzeuger oder -händler, der über kein eigenes Verteilernetz verfügt, soll ein bestehendes Netz zu den gleichen Bedingungen wie der dem Netzbetreiber nahe stehende Vertrieb nutzen können.

Bundesnetzagentur

Mit dem neuen EnWG wird auch eine Regulierungsbehörde eingeführt, die unter anderem die Umsetzung der Umbundungsvorschriften und die Nutzungsentgelte kontrollieren soll. Diese Aufgabe wird dieselbe Behörde übernehmen, die für die Regulierung von Post und Telekommunikation verantwortlich ist und künftig den Namen Bundesnetzagentur trägt. Neben der Behörde, die für die Kontrolle der Netzentgelte größerer Energieversorger zuständig ist, wird es Landesregulierungsbehörden geben. Sie werden die Netzentgelte von Energieversorger mit weniger als 100.000 Kunden kontrollieren.

Die Netzentgelte werde-

den von der Regulierungsbehörde vorab geprüft und genehmigt (Ex-ante-Regulierung). Künftig soll als Maß für die Festlegung der Netzentgelte das System der Anreizregulierung eingeführt werden. Dies soll in Form einer gesetzlich festgelegten Vereinbarung erfolgen, mit der Folge dass nicht mehr die Kostenorientierung im Vordergrund steht sondern die Vergütung in Verbindung mit anderen Netzbetreibern.

Auswirkungen des EnWG

Die nach wie vor umfangreichen Dokumentations-, Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten werden bei den Energieversorgern zu einer Erhöhung des Verwaltungsaufwands führen. Zusätzliche Kosten entstehen durch Synergieverluste, die auf die Abtrennung des Netzbereichs zurückzuführen sind. Eine deutliche Senkung der Strompreise ist zu erwarten, da mit 41,8 Prozent der höchste Anteil des Strompreises auf Steuern und Abgaben entfällt. Lediglich ein Drittel des Strompreises wird für Netzentgelt, -wartung und -ausbau aufgebracht und rund ein Viertel entfällt auf Energie- und Vertriebskosten. □

Strompreise unter der Lupe

In der neuesten Ausgabe des N-ERGIE Kundenmagazins wird u.a. das Thema Strompreise aufgegriffen. Die N-ERGIE züchtel bündelweise zu den günstigsten Stromversorgern und ist außerdem Schlusslicht bei den Strompreiserhöhungen in den vergangenen Jahren. Während andere Stromversorger die Strompreise seit dem Jahr 2000 um bis zu 50 Prozent erhöht haben, stiegen die Strompreise bei der N-ERGIE um lediglich 9,1 Prozent.

Die Stromausgaben für Privathaushalte und Unternehmen betragen sich heute in etwa auf dem Niveau von vor acht Jahren. Wäre der Staatsanteil konstant bei 24 Prozent geblieben und nicht auf 41,8 Prozent angestiegen, läge der Strompreis heute sogar deutlich niedriger als vor der Liberalisierung des Strommarktes. Die Belastung der Stromkunden in Deutschland

Umweltminister Schnappauf:

Klimaverträge auf Erdwärme

Bayern will die klimafreundliche Erdwärme (Geothermie) verstärkt nutzen, erklärte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf bei der Inbetriebnahme der Geothermie-Anlage in Reichertshausen (Lkr. Pfaffenhofen a. d. Iln). Schnappauf: „Erdwärme nutzt heißt Klima schützen. Reichertshausen gilt deutschlandweit als Vorzeigeprojekt für optimale Erdwärmennutzung bei größeren kommunalen AL- und Neubauten“. Die geologischen Bedingungen für die oberflächennahe Erdwärmennutzung seien nahezu überall in Bayern günstig. Es sollen deshalb die regional jeweils best verfügbaren Quellen genutzt werden. Das bayrische Umweltministerium wolle noch im Jahr 2005 eine Bayerskarte für die Nutzung der oberflächennahen Erdwärme herausgeben. Schnappauf kritisierte in diesem Zusammenhang die Politik der Bundesregierung, die die Windkraft einseitig bezweige.

Der Anteil erneuerbarer Energien werde dem Minister zufolge eine immer größere Rolle spielen. Bayern hat mit 7,8 Prozent deutschlandweit den höchsten Anteil erneuerbarer Energien, während der Bundesdurchschnitt bei 3,4 Prozent liegt. Der Freistaat setzt alles daran, seine Spitzenstellung auf diesem Gebiet weiter auszubauen. Bayern will bis 2010 den Ausstoß an klimaschädlichem CO₂ um 90 auf 90 Millionen Tonnen verringern. Eine der klimafreundlichen Energiequellen ist die Erdwärme. □

N-ERGIE unterstützt „Fränkischen Sommer - Musica Franconia“

Am 14. Juli begann die Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer - Musica Franconia“ des Bezirks Mittelfranken mit dem Auftrikonzert in Nürnberg. Bis zum 31. September findet auch in diesem Jahr wieder eine Fülle von Konzerten an reizvollen Orten in ganz Mittelfranken statt.

Schlösser, Kirchen und Burgen bilden den außergewöhnlichen Rahmen, wenn alte Musik in historischen Instrumenten erklingt. Das Prinzip der Vielfalt gilt ebenfalls bei den Musikern. Denn so zahlreich wie die Konzerte und Veranstaltungsorte sind auch die namhaften Ensembles, die der Intendant Wolfgang Riedelbach gemeinsam richte.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft engagiert sich auch in diesem Jahr als Sponsor der Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer - Musica Franconia“. Die N-ERGIE ist in Mittelfranken verwurzelt und fühlt auch Verantwortung für das kulturelle und gesellschaftliche Leben. Die Region profitiert von einem breiten Angebot an kulturellen und sportlichen Veranstaltungen.

Die Musica Franconia bereichert Franken durch ihre Veranstaltungen. Deshalb unterstützt der Energieversorger gerne den Fränkischen Sommer und fördert dadurch die Region. Im historischen Uhlenshaus der N-ERGIE auf dem Werksgelände in Nürnberg-Sandreuth findet am 21. August um 18.00 Uhr die Aufführung des Musiktheaterstücks „Nur diese Nacht“ statt.

Musica Franconia steht in jeder Hinsicht für das Bewahren von Tradition. Die Konzerte präsentieren Alte Musik mit fränkischem Bezug auf alten Instrumenten an historischen Orten. Auf diese Weise lassen die Musiker die überlieferten Werke neu aufleben und verschaffen dem kulturellen Erbe der Region Gehör. □

Müller fordert klimafreundlichen Energie mix

Auf die große Bedeutung eines klimafreundlichen Energiemixes wird Umwelt-Schatzsekretärin Emilia Müller anlässlich eines Symposiums der IWK, Niederbayern und des Ostbayerischen Technologie-Transfer-Instituts in Passau hin.

Darüber verhandelt die weltweite Nutzung fossiler Energie in nur einem Jahr die Energieproduktionsmenge um 500.000 Millionen Erdgasdiesel, Wasser in Kohlendioxid, Versäurende und erhebliche Mengen an giftigen Abwässern. Hier muss gegengesteuert und die wirtschaftliche Entwicklung vom Energieverbrauch gekoppelt werden. Bayern ist der Ansicht, dass diese Entkopplung möglich ist. Wir haben die Energieeffizienz in den letzten 30 Jahren um ein Drittel gesteigert. Auch die bayrische Energieeffizienz ist um 20 % besser als im Bundesdurchschnitt. Diese Erfolge zeigen, dass es mit der Nutzung erneuerbarer Energien aus regenerativen und konventionellen Energiequellen weiter auszubauen. □

E.ON investiert ...

15 Prozent Marktanteil. Er ist an (Fortsetzung auf Seite 8) (Fortsetzung von Seite 7)

weiter. Akquisitionen in Deutschland und angrenzenden Ländern intensiver. Das Unternehmensziel Wachstum wird vor allem im Ausland verfolgt. Die Deutsche Kartellrechtliche Grenzen gesetzt sind. Jüngst sind Engagements in den Niederlanden, in Bulgarien und in Rumänien gelungen. Stark vertreten ist E.ON bereits in Ungarn, in Tschechien und in der Slowakei. Aktivitäten gibt es auch in der Schweiz, in Österreich, den Benelux-Staaten und Polen. Künftig soll das Strom- und Gasgeschäft vor allem in Zentral- und Osteuropa weiter ausgebaut werden, wobei es nicht nur um die Verteilung, sondern auch um die Stromerzeugung geht.

Positive Entwicklung

Dass E.ON Energie sich mit all diesen Vorhaben und Plänen nicht übernimmt, zeigt „die sehr positive Geschäftsentwicklung“ im Jahr 2004. Der Umsatz stieg um 8 Prozent auf 19,7 Mrd. Euro. Dabei stammte ein Drittel aus der erstmals ganzjährig Einbo-

ziehung der neuen technischen Beteiligungen. Außerdem trug zur Umsatzsteigerung ein höherer Absatz und die Preissteigerung bei. Die mittlere Stückabgabe nahm um 5 Prozent auf 244 (Terarawattstunden = TWh) zu, der Gasabsatz schrumpfte um 1,5 Prozent. Die TWh des Jahres betrug ein Betriebsergebnis von 3,56 Mrd. Euro (+ 48 Prozent) und ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 3,95 Mrd. Euro (+ 67 Prozent). Die Zahl der Mitarbeiter nahm um ein Prozent auf 36,9 zu. Auf diese Weise wurde die Zahl der Ausbildungs- und Praktikantenplätze um 150 zusätzlich Stellen erhöht. Insgesamt wurden 2.250 Azubis und rund 250 Praktikanten. Die Ausbildungsquote erreichte 7 Prozent.

Um zum Schluss noch ein Beispiel für das gesellschaftliche Engagement des Konzerns. In einem „abgezeichneten“ Umweltschutzprojekt wird mit E.ON-Unterstützung vom 17. September 2005 bis 8. Januar 2006 im Kambursee des Kambursee die größte Branz-Marc-Retrospektive seit 1916 zu sehen sein. 120 Leihgeber aus aller Welt werden 240 Arbeiten bei-

Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl:

Große Anerkennung für hervorragenden Winterdienst

Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl hat sich bei seinen Mitarbeitern im Kreisbauhof für den enormen Einsatz, den ihnen heuer der Winterdienst abgefordert hatte, bedankt. Besonders erinnerte Steinmaßl an die Nacht vom 2. auf 3. Februar, als es auf der Autobahn hieß: Nichts geht mehr.

Damals waren Tausende Verkehrsteilnehmer von den Schneemassen eingeschlossen, und nur um Haarsbreite entging der Landkreis Traunstein dem Katastrophenalarm.

Gute Zusammenarbeit mit Straßenbauamt

Auch weil die Winterdienst-männer nach ununterbrochenen stundenlangen Einsatz noch einmal eine Extra-Nachtschicht einschoben und verschiedene Kreisstraßen als Ausweichstrecken frei machten, konnte das Schlimmste vermieden werden. Ausdrück-

lich hob Steinmaßl auch die gute Zusammenarbeit mit dem Traunsteiner Straßenbauamt hervor.


Drei Wochen am Stück

Peter Mayer vom Kreisbauhof machte in einer kurzen Ansprache deutlich, was hinter dem Wort Winterdienst steckt: frühes Aufstehen, spätes Heimkommen, Dienst auch an Feiertagen und an mehreren Wochenenden hintereinander, keine Zeit für die Familie.

Mayer: „Jeder Einzelne hat sich reingehängt - auch wenn es drei Wochen am Stück waren.“

Zufrieden zeigte er sich, dass es mit den Winterdienstfahrzeugen keine Unfälle gab und für die



Winterdienst mit Stratos. 

Verkehrsteilnehmer auf den 378 Kilometer Kreisstraßen „freie Fahrt“ geschaffen werden konnte. Mayer: „Niemand hat sich über den Zustand unserer Kreisstraßen beschwert - also waren die Leute zufrieden.“


Vierereinhalb Monate im Einsatz

Insgesamt war das Winterdienst-Team des Landkreises 136 Tage und Nächte - das entspricht rund vierereinhalb Monaten - im Einsatz. Von Oktober bis März wurden knapp 3.900 Überstunden geleistet. Dazu kamen 4.400 Rufbereitschaftsstunden.

Kosten: Rund 1,5 Mio. Euro

Knapp 5.000 Tonnen Salz mussten gestreut werden. Die Kosten für den Winterdienst 2004/2005 auf den Kreisstraßen lagen bei rund 1,5 Millionen Euro. Auf weitere 80.000 Euro schätzt die Tiefbauverwaltung des Landkreises Traunstein den Aufwand für die Behebung von Frostschäden. **DK**



Rotierende Schneeräumung am Großglockner-Pass mit dem Unimog. 



Die einfache und logische Bedienung mit leicht verständlichen Display-Darstellungen ist für den speziellen Einsatz im Winterdienst entwickelt. Unter drei verschiedenen Ausführungen kann die für den entsprechenden Einsatz günstigste Variante gewählt werden.

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik:

Streuautomaten in neuer Bauweise

Unter der Prämissen „Das Bewährte verbessern“ hat das Unternehmen Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik aus St. Blasien seine STRATOS-Streuautomaten in neuer Bauweise entwickelt.

Beim neuen STRATOS handelt es sich um ein weiteres Ergebnis ständiger Entwicklungs- und Forschungsarbeit bei Schmidt. Mit seinen Streuautomaten hat das Unternehmen aus dem Schwarzwald weltweit Einsatzfahrzeuge.

Mit der neuen Modulbau-Technik können die Streuautomaten jedoch noch wirtschaftlicher und effizienter für die verschiedenen Einsatzbedingungen konfiguriert werden.

Verschiedene Einsatzbedingungen

Die Geräte lassen sich auf verschiedene Trägerfahrzeuge montieren; sie kommen bei

Kommunen, auf Landstraßen und Autobahnen gleichermaßen zum Einsatz. Ob ein Band- oder Schneckenförderersystem angewandt wird, ist eine Frage, die durch die Auswahl des Streumaterials entschieden wird.

Hohe Zuverlässigkeit

Die Höhe der Instandhaltungskosten und die Lebensdauer einer Streumaschine hängt in erster Linie vom Korrosionsschutz ab. Deshalb wird die höchste Oberflächenqualität angewandt. Die hohe Zuverlässigkeit des STRATOS trägt nicht nur geringe Servicekosten, sondern auch minimale Stillstandszeiten.

Feuerwehr:

Hoher Aufwand um jedes Detail

So glanzvoll die Branche der Brandschutztechnik sich auf der nur alle fünf Jahre durchgeführten Messe „Intererschutz“ in Hannover auch feierte und mit spektakulären Neuheiten glänzte, so sehr hat sie doch derzeit ihren Kammer mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, vor allem, wenn es um die kommunalen Beschaffungen geht.

Einen Rückgang in Deutschland von sieben Prozent hat die Industrie im Jahre 2004 zu verzeichnen, für das laufende Jahr rechnet niemand mit besseren Zahlen, bestenfalls eine Stabilisierung. Es geht um rund 2000 Neubeschaffungen im Jahr einschließlich des großen Bereiches der Werkfeuerwehren.

Iveco Magirus Multistar

Kombinationen versprechen rationelleren Einsatz der teuren und notwendigen Technik, neben aber auch Bezug auf veränderte Bedingungen zumindest bei Freiwilligen Feuerwehren. So ist in kleineren Ortschaften oftmals die Präsenz in Gruppenstärke, wie für das traditionelle Löschgruppenfahrzeug nötig (neun Feuerwehrleute, davon einer am Steuer), nicht mehr gewährleistet. Um den Kommunen die Investitionen in Brandschutztechnik zu erleichtern, setzen die Hersteller mehr und mehr auf Lösch- und Rettungsfahrzeuge. So auf den jetzt serienförmig Iveco Magirus Multistar: Löschfahrzeug und Teleskopmast als Einheit, der Mast lässt sich dank eines Gelenks sogar sehr viel flexibler als eine Drehleiter ausfahren und kann zum Beispiel Hindernisse unterfahren. Der Multistar ersetzt für kleine und mittlere Wehren Löschgruppenfahrzeuge und Drehleiter.

Alternative zur Drehleiter

Überhaupt steht der Drehleiter, über Jahrzehnte praktisch das einzige Rettungsglied der Feuerwehren in Deutschland, die Alternative Hubrettungs- bühne am Gelenkmast gegenüber – wie zum Beispiel die Typ B 32 von Rosenbauer, die jetzt über CAN-Datenbus verfügt. GimaeX-Schmitz bietet die von Martz aus Frankreich stammende Hubbühne MX 30 für Fahrgestelle bis 16 Tonnen Gesamtgewicht bei einer Rettungshöhe von 30 Metern neu an – eine gerade für Freiwillige Feuerwehren gängige Großordnung.



Effiziente Schneeräumung mit dem Stratos 5m3 V2a.

Mehrfunktionale Steuerungen

Die Glätteekämpfung ist ein anspruchsvoller Beitrag zur Verkehrssicherheit auf winterlichen Straßen. Fahrer und Bediener wird höchste Konzentration abverlangt. Einfache Bedienbarkeit bieten eine erhebliche Unterstützung. Mehrfunktionale Steuerungen vereinfachen die Bedienung.

Einfache Handhabung

Praxisbezogene Stufenelemente wie z.B. griffige Drehknöpfe, sind dabei sehr hilfreich. Aber auch die Handhabung aller Funktionsmodule ist sehr einfach. So ist der Zugang zu allen Aggregaten, das Öffnen des Klappdach oder Hochschwenken des Streutellers ohne Anstiegsstufen bequem vom Boden aus möglich.

Mit dem hochwertigen Premium-Verteilersystem wird

nicht nur eine homogene Feuchtsalzmischung, sondern auch ein dynamisches und damit ein sehr effizientes Streubild erzeugt. Fahrtwindinflüsse werden durch das dynamische Aufberufverhalten kompensiert.

Logische Bedienung

Die einfache und logische Bedienung mit leicht verständlichen Display-Darstellungen ist für den speziellen Einsatz im Winterdienst entwickelt. Unter drei verschiedenen Ausführungen (CB, CX, CL) kann die für den entsprechenden Einsatz günstigste Variante gewählt werden.

Alle Steuerungen besitzen die elektromagnetische Verriegelungsteilprüfung EMV. Für den harten Einsatz im Winterdienst haben alle Komponenten den höchsten IP-Wert und sind damit gegen Eindringen von Feuchtigkeit, Schmutz oder Salz gesichert. Das bringt erhöhte Betriebssicherheit.



Hubrettungs- und Gelenkmast von GimaeX-Schmitz. Bild: GimaeX-Schmitz

Ölwehr-Modul oder Technische-Hilfeeinstellungs-Modul. Der 166 PS starke Daily hat eine serienmäßige Doppelkabine mit genügend Platz für fünf Feuerwehrleute und Fahrer.

Weiterentwickelte Komponenten

Bei der Feuerwehr geht es bei den Anforderungen nicht nur um die Fahrzeuge, sondern Zusatzgeräte und Ausrüstung - beispielsweise bis hin zum Helm mit integrierter Kamera von Ziegler. Die kleineren Komponenten wie Tragkraftspritzen oder Pumpen erfahren ebenfalls ständige Weiterentwicklung. Sowohl Iveco Magirus (Fire 3000) wie auch Rosenbauer (Fox) präsentieren in Hannover Tragkraftspritzen vor, die vor allem eines sollen: die Tragen erträglicher machen. Sie wiegen nur noch gut 150 statt bisher 200 Kilogramm.

Noch relativ wenig beachtet ist seitens der Kommunen die Möglichkeit, gebrauchte Feuerfahrzeuge zu beschaffen. Wegen der meist langen Einsatzdauer kommt die Beschaffung eines Gebrauchtens oft

nicht in Frage, obwohl ein rundum aufgefrieschtes Fahrzeug nur zehn bis 25 Prozent des aktuellen Neupreises kostet. Deshalb kristallisiert sich mehr und mehr eine Mischung aus neu und alt als Lösung heraus.

Die Mischung macht's

So zeigte der Spezialist für die Aufarbeitung gebrauchter Feuerfahrzeuge, Michael Thoma aus Kenzingen in Baden, ein Löschgruppenfahrzeug 10/6 auf einem neun Jahre alten Chassis des Mercedes Vario aber nagelneuem Aufbau. Hier liegt der Preis bei 50 Prozent des vergleichbaren Neuwertes. RLs aus Tüschingen macht es umgekehrt und kombiniert ein neues Chassis zum Beispiel des Mercedes Atego mit einer aufgearbeiteten Drehleiter aus DDR-Beständen, in der Technik einfach, aber für viele kleinere Wehren ausreichend. Das Fahrzeug kostet rund 165.000 Euro, ein Drittel des Preises für ein Neufahrzeug. Immerhin eine Möglichkeit, auf die wirtschaftliche Lage und die eigene Kasse zu reagieren. Matthias Rörcke

Landkreis Regensburg:

Problem „Mautflüchtlinge“

Dringenden Handlungsbedarf in puncto „Mautflüchtlinge“ sieht Regensburgs Landrat Heribert Mirbeth. Nachdem sich die LKs und Bezirke einer Reihe von Bürgermeistern gehäuft haben, hat der Landkreis erst zu einem Meinungsentscheid ins Landratsamt.

„Wir müssen uns wehren“, heißt es. Landrat Mirbeth ist im März 2005 nur Verkehrsauftakt gekommen. So spreche eine deutliche Sprache. So verweise der Leiter des Straßenbauamtes, Dr. Wolfgang Wüst darauf, dass eine Dauerzahlstelle auf der Bundesstraße B8 bei Barbing eine erhebliche Steigerung des Lkw-Aufkommens bringe.

70prozentige Steigerung

Wurden im Januar 2004 im Durchschnitt täglich 439 LKWs gezählt, waren es im Januar 2005 durchschnittlich 746. Dies stelle eine Steigerung von 70 Prozent dar. Auf der A 3 bei Rosenhof würde dagegen eine solche Abnahme nicht zu erwarten sein. Im März 2004 wurden hier

durchschnittlich 12 000 LKWs pro Tag gezählt, im März 2005 nur noch 9 500. Die Bundesstraße B8 liege mit diesen Werten bayernweit in der Spitzengruppe.

Vorgangswiese

In der Diskussion regten die Bürgermeister an, durch Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den betroffenen Straßen und entsprechende Kontrollen die LKWs zu „vergrämen“. Bürgermeister Siegfried Bauer aus Kallmünz hält Zählungen auf Staats- und Kreisstraßen für dringend erforderlich. „Nicht nur Bundesstraßen sind betroffen“, 2. Bürgermeister Johann Griesbeck, Sizing, empfahl, mit unsozialen, unethischen, beschämenden, gegen die

Mautflüchtlinge vorzugehen.

Warnung vor Sperrungen

Vor allem Regensburg und Zeitlarn leiden unter der Mautflucht. In den Wochen vor Weihnachten haben wir in Regensburg täglich im Durchschnitt 360 LKWs gezählt“, beschwerte sich 2. Bürgermeister Fritz Dechant, „in den ersten Januarwochen waren es bereits 520 am Tag“. Vor allem nachts habe der Lkw-Verkehr um bis zu 80 Prozent zugenommen. Dechant forderte ein Lkw-Nachfahrverbot für Regensburg. Auch für Zeitlarn wurde dieses Verbot angeregt. Bürgermeister Anton Rothfischer von Wörten warnte vor Sperrungen, die den Verkehr nur auf andere Routen verschieben.

Geschwindigkeitskontrollen kein Allheilmittel

Polizeibaukommissar Hans Beddeck, Polizeispektion Neubauzäh, sah in Geschwindigkeitskontrollen nicht das Allheilmittel. Die Fahrer würden die Kontrollstellen per Funk an ihre Kollegen weitergeben. Problematisch sei auch die Abhandlung der vielen ausländischen Fahrer. Abteilungsleiter

Dr. Gregor Stehr vom Landratsamt Regensburg wiederum stellte die Rechtsprobleme bei Straßensperrungen dar und ging dabei auch auf die durch Me dienbereich bekannt gewordenen Straßensperrungen in Rheinland-Pfalz ein. Hier seien Sperrungen jedoch aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht einfach auf die Situation im Landkreis übertragen werden könne.

Dringender Handlungsbedarf

Landrat Mirbeth sieht in punktuellen Sperrungen und intensiven Geschwindigkeitskontrollen die wirksamste Möglichkeit zur Reduzierung des Lkw-Aufkommens. Er bat die anwesenden Bürgermeister, der Straßverkehrsbehörde des Landratsamtes die Probleme reichlich im Landkreis mitzuteilen. Das Landratsamt werde die Zusammenarbeit mit der Regierung prüfen, ob im Einzelfall eine Sperrung in Betracht komme und ob die rechtliche Voraussetzung dafür vorliegen. Landrat und Bürgermeister verständlich sind auch auf eine Lesung mit den Bayerischen Innenminister und dem Bundesverkehrsminister. Darin soll der dringende Handlungsbedarf herausgestellt und gefordert werden, durch gesetzliche Vorgaben die LKWs wieder zurück auf die Autobahnen zu drängen. DK

GZ Aktuelle Rechtsprechung

Verkehrstüberwachung

Kommunale Stärkung, aber auch Schwächung

Wer als Autofahrer innerhalb eines Ortes, der dem Zweckverband „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“ angehört beim Rasen erwischt wurde, kommt nicht deshalb ungeschoren davon, weil die sachliche Zuständigkeit des Zweckverbandes zur Verfolgung und Abhandlung von Verkehrswidrigkeiten kommunalrechtlichen Bedenken begegnen könnte. Das hat in einem Beschluss vom 29. September 2004 das Bayerische Oberste Landesgericht (BayObLG) festgelegt (Az.: I OaWV 390/04).

Im Jahre 2003 wurde ein Autofahrer innerorts mit 62 km/h gefahren, erlief aber 30 km/h. Daraufhin erließ der Zweckverband „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“, dem die „TüV“ angehört, ein Bescheid über die Überschreitung der Geschwindigkeit per Zweckvereinbarung übertragen hatte, einen saftigen Bußgeldbescheid samt einmonatigen Fahrverbot. Der Raser wurde vor Gericht ein, der Bußgeldbescheid sei nichtig, da der Zweckverband nicht zuständig sei. Gegen die Entscheidung sei, gegen sein Tätigwerden habe es massive kommunalrechtliche Bedenken.

verteilung geändert wurde. Eine solche Änderung müsse aber eindeutig zweifelsfrei sein, da nur so der Bürger sich Klarheit über die Zuständigkeiten verschaffen könne.

Unentschiedene Frage

Das BayObLG lässt allerdings die Frage kommunalrechtlich und prüft nur, ob die angemeldeten Zweifel reichen, den Bußgeldbescheid nichtig zu erklären. Nein, sagt das Gericht, denn selbst wenn dem Bescheid auf grund eines Verstoßes gegen die Kommunalkompetenz, sei dieser weder offenkundig noch schwerwiegend.

Aufschiebung der Genehmigung

Schwerwiegend deshalb nicht, weil die Übertragung der Zuständigkeit auf einen Zweckverband möglich sei. Und nicht offenkundig, weil der Verstoß gegen Kommunalrecht nicht evident, sondern durchaus streitbar sei. Zudem habe das Landratsamt die Verbandsatzung und die Zweckvereinbarung offensichtlich genehmigt.

Fazit: Das Bayerische Oberste - damals noch die letzte Instanz für Ordnungswidrigkeiten in Bayern - urteilt mit dieser Rechtsprechung die Kommunen in der Verkehrsüberwachung nicht zu Gunsten. Modelle der Kooperation zu präzisieren, auch wenn diese (noch) umstritten sind. Es schwächen die Kommunen durch eine Strafe mit rein formalen (oder formalistischen) Argumenten entziehen wollen. mpa



Landrat Theo Zellner begrüßt die Kinder des Kindergartens Kötzing mit ihren Erzieherinnen am Bahnhof.

Landkreis Cham:

Mobilitätsziehung für Kinder

Kindergärten „in voller Fahrt“ auf der Eisenbahn

Auch Kinder müssen bereits eine Vielzahl von Wegen zurücklegen. Neben dem Fahrrad und dem Auto der Eltern bin sie hier vor allem die öffentlichen Verkehrsmittel an. Der Landkreis Cham will Kinder bereits frühzeitig auf die Möglichkeiten des Öffentlichen Nahverkehrs aufmerksam machen. Auf Initiative von Landrat Theo Zellner organisiert das ÖPNV-Referat des Landratsamtes Cham deshalb regelmäßig Ausflugsfahrten von Kindergärten mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Unter dem Motto „Kinder entdecken den ÖPNV“ finden den ganzen Sommer über bis in den Herbst solche Fahrten zu Freizeiteinrichtungen und Ausflugszielen innerhalb des Landkreises statt. Landrat Theo Zellner: „Wir wollen unseren Kindern den ÖPNV näherbringen. So weit wie möglich frühzeitig einen verantwortungsvollen und selbstständigen Umgang mit Mobilität nahebringen. Es geht um das Kennenlernen nachhaltiger Fortbewegungsmöglichkeiten, das Anbahnen einer überlegten Verkehrsmittelwahl und um die Vermittlung entsprechender Kompetenzen.“

Einmal im Jahr 2002 mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis ausgezeichnet.

Prominente dankten ÖPNV-Nutzern

Beijed unbeachtlich bleiben bis jetzt die größten Feindstabs-Verhinderer: die Nutzer des ÖPNV. Jeden Tag ersetzen sie 18 Millionen Pkw-Fahrten und entlasten damit in Stadten von Verkehr und Abgasen. Der VDV zeichnete sie jetzt in Berlin für dies Engagement aus. VDV-Präsident Günter Elste sagte gemeinsam mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Dagmar Berghoff (ehemalige Tagesschau-Sprecherin) und Susan Sideropoulos (Serienradarstellerin) den Fahrgästen des ÖPNV „Danke“ für die Veranstaltung fand in Kooperation mit der Berliner S-Bahn GmbH und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) statt.

Das der ÖPNV auch im

Fachkongress eurgia in Friedrichshafen:

Vier Länder an einem Tisch

Synergien fördern sinnvolle Entwicklungen. Dieses Grundraster hat sich die eurgia-bundes bereits bei ihrer ersten Veranstaltung vor zwei Jahren auf die Fahnen geschrieben. Der außerordentliche Kongress für Standort- und Regionalmanagement ist ein Vierländer-Forum, das alle die Länder staffeln. Nach dem ersten vom 12. bis 13. Oktober öffnet die eurgia-bundes 2005 für Interessierte ihre Tore, sie wartet auf mit einem umfangreichen Kongressprogramm.

Jeder lernt hier von den Erfahrungen anderer. Denn auf der internationalen Plattform treffen sich Intellektuelle der Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft aus vier Ländern Deutschland, Österreich, Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein zur Kommunikation an einem Tisch. Gefördert wird die Fachmesse aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. Ort der eurgia-bundes 2005 ist das Graf-Zepplin-Haus Kongresszentrum Friedrichshafen.

Wetther der Regionen

Die eurgia richtet sich an Führungskräfte aus Wirtschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung, an Fachkräfte aus Wissenschaft und aus der Wirtschaftsförderung. Ebenso eingeladen sind Fachkräfte aus Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung der Bundesländer und Kantone rund um den Bodensee sowie bundesweit agierende Organisationen.

Das Spektrum der eurgia-bundes 2005 ist breit gefächert. Sie steht unter dem Motto „Der Wetther der Regionen - um Einwohner, Wachstumspotenziale, Images“. Fragen finden praktische Antworten, wissenschaftliche Ergebnisse sind eng verknüpft mit Umsetzungsmöglichkeiten.

So lässt sich in Kürze der Leitgedanke des Fachkongresses umschreiben. Wie zum Beispiel sind wirtschaftliche und regionale Entwicklungen in Hinblick auf den demografischen Wandel zu beurteilen? Wie begegnet man der Herausforderung einer immer größer werdenden Flächeninanspruchnahme mit intelligentem Flächenmanagement? Warum gibt es Wachstumskrisen fernab der Metropolen und worin liegen Ursachen, Chancen und Potenziale? Regionale Vernetzung - geben Impulse für positive Entwicklungen in der Zukunft, grenzüberschreitende Zusammenarbeit eröffnet neue Horizonte.

Vielfältiges Kongressprogramm

Ein Thema ist zum Beispiel die nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung, ein weiteres das Stadtmärkte. Können sich Kommunen künftig noch Neubaugelände und deren Infrastruktur, auf der grünen Wiese - leisten und wie begegnet man der Gefahr der Verödung der Innenstädte? Wie können diese ihren Wert auf dem Markt mit Stadtimage fördern, sind Grobversteht hierfür hilfreich?

Ergänzt wird das vielfältige Kongressprogramm durch eine Fachausstellung für Dienstleister der Kommunal- und Regionalentwicklung. Entsprechend vielfältig sind die Ausstellungsfelder: Stadt-, Standort und Regionalmarketing, Regionalplanung und -beratung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, Energie-, Verkehrs- und Umweltkonzepte, Landschaftsplanung und Tourismusberatung, Forschungs- und EU-Projekte, Aus- und Weiterbildung, Software-Lösungen.

Veranstaltet wird der Fachkongress vom Kooperationsamt Bodensee-Oberbodon, der Wirtschaftsforumgesellschaft Landkreis Friedrichshafen, dem Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg, dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, dem Verkehrsverbund und dem Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus IDT-HSG der Universität St. Gallen.

Bremicker Verkehrstechnik:

Mit Temposys® T03 in Ungarn

Nach einigen Vorgesprächen kam es nun zum ersten Projekt zwischen der Weilheimer Firma Bremicker Verkehrstechnik GmbH & Co. KG und der ungarischen Stadt Bercyúvárfalva. Damit hat es Bremicker geschafft, sich einen weiteren Markt im europäischen Osten zu erschließen und freut sich auf weitere gute Geschäfte.

In dieser Linie wurde für die Geschwindigkeitswarnanlage Temposys® T03, technologisch auf dem neuesten Stand, in Betrieb genommen zur Unfall- und Geschwindigkeitsverbreugung von der Bürgerwehr getestet. Das Gerät zeigt die aktuelle Geschwindigkeit der vorbei fahrenden Fahrzeuge an, wie Ländor Kövér, Mitglied beim Landes-Bürgerwehverband für Verkehr, berichtet.

Erleichterte Arbeit

Mit der Geschwindigkeitswarnanlage Temposys® T03 können bis zu 4 Millionen Daten gespeichert werden, betonte Pál Pásztor, Geschäftsführer der Vertriebsfirma in Ungarn. Da mit wird die Arbeit der Polizei erleichtert, da die gespeicherten Daten als statistische Kennwerte verwendet werden können und man so feststellen kann, an welchen Stellen häufig Geschwindigkeitsüberschreitungen vorkommen. Pásztor berichtete, dass in Deutschland dieses Gerät bereits mit großem Erfolg verwendet wird.

Es ist geplant, dass dieses Gerät

des Gerät angeschlossen werden.

Möglicher Anschluss

Das Gerät ist zwar nicht für die Verwendung in Straßfahrern geeignet, da es keine Fotoaufnahme der vorbei fahrenden Fahrzeuge macht. Allerdings kann dazu jeder Zeit ein entsprechen-

Halbjahresbilanz Flughafen Nürnberg:

Mehr Passagiere und neue Low Cost-Ziele

Mit fast zwei Millionen Passagieren schloss der internationale Airport Nürnberg erfolgreich die ersten sechs Monate des Jahres ab. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht dies einem Zuwachs von rund 6,5 Prozent. Auf ein weiteres Wachstum ist auch der Winterflugplan 2005/2006 zugeschnitten, der attraktive neue Low Cost-Ziele, allen voran Mailand enthält.

„Vielfältig, Qualität und Beständigkeit sind die drei Grundpfeiler unseres Erfolges, der sich ausdrückt im positiven Halbjahresergebnis bestätigt hat“, betonte Flughafen-Geschäftsführer Karl-Heinz Krüger.

Der anhaltende stabile Wachstumskurs gründe auf dem vielfältigen Angebot von Punkt-zu-Punkt-Verbindungen zu den Interkontinentalflughäfen und wichtigen europäischen Wirtschaftszentren, einem breiten touristischen Angebot zu Zielen rund um Mittelmeer und der dynamischen Erweiterung des Low Cost-Angebots. Schon jetzt liegt der Anteil der Low Cost-Flüge ab Nürnberg bei über zehn Prozent und umfasst attraktive Destinationen wie Rom, Wien, Budapest, Warschau, Palma de Mallorca, London, Düsseldorf und - über das Drehkreuz in Palma - Barcelona und Madrid.

Die erfreuliche Entwicklung des Linienverkehrs im ersten Halbjahr 2005 spiegelt sich im Anstieg der Passagierzahlen um 10,3 Prozent auf rund 490.400 Passagiere wider. Vor allem die Ausweitung der Air Berlin Euro Shuttle-Strecken mit günstigen

Einstiegsstufen ab 29 Euro (one way inklusive Steuern und Gebühren) hat diesen erheblichen Aufschwung ermöglicht. „Somit ist ein für Geschäftsfreisende und Städtereisenden gleichermaßen interessantes Angebot entstanden“, erklärte Krüger.

Von grundsätzlicher Bedeutung für den Linienverkehr war der Markteintritt der dba, die seit April 2005 auf der Strecke Nürnberg-Düsseldorf zwei tägliche Flüge bietet. Der bisherige Ladefaktor lag bereits über den Erwartungen der dba, so dass die Flugsellschaft erwägt, die Kapazität aufzustocken und weitere inländische Ziele aufzunehmen.

Für die weitere Entwicklung wird der Airport Nürnberg laut Krüger qualitativ hochwertigeres Low Cost-Angebot in einer größeren Umfang einräumen. Dies bedeute „eine kontinuierliche Erweiterung des Marktes und eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Angebots durch Partner, die zu uns passen.“ Insgesamt rechnet die Geschäftsführung für den Airport Nürnberg im Jahr 2005 mit einem Wachstum bei den Passagierzahlen auf über 3,8 Millionen. DK

Umfangreiche Einsatzmöglichkeiten

Das Temposys® kann eingesetzt werden in verkehrsbehinderten Zonen, auf Parkplätzen, vor Schulen, in Wohngebieten, vor Kindergärten, in Basen sowie vor Krankenhäusern sowie im Werksgelände.

Exemplarisch steht hierfür das Projekt der Geschwindigkeitswarnanlagen an „Maustellen der Brennerautobahn“. □

Stadt Nürnberg und Verkehrswirtschaft:

Gemeinsam aktiv gegen Feinstaub

Im neuen Nürnberger Wirtschafts-Rathaus fand eine gemeinsame Auftaktveranstaltung des Wirtschaftsforums und des Umweltauftrags mit Verbänden, Logistik-Dienstleistern, Motorenherstellern und Handel zum Thema Reduzierung der Feinstaubbelastung statt. Ziel war es, den Dialog mit der Wirtschaft und ein Aktionsprogramm zur Vermeidung der Feinstaubbelastung im Rahmen des Luftreinhalteplans Nürnberg-Fürth-Erlangen anzustreben.

Wie Dr. Roland Fleck, berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschaftsförderer der Stadt Nürnberg, betonte, zögen wie schon in der Vergangenheit Stadt und Wirtschaft an einem Strang, wenn es darum geht, sowohl die Wirtschaftskraft in der Metropolregion zu stärken als auch die Wohl der Bürger damit unter einen Hut zu bringen.

Technische Alternativen

Bei der Auftaktveranstaltung wurden Möglichkeiten zur Eingrenzung der Feinstaubbelastungen durch den Wirtschaftsverkehr aufgezeigt. Motorenhersteller präsentierten technische Alternativen, bei denen durch Partikelfilter der Feinstaubausstoß reduziert werden kann.

Bürgermeister Dr. Klemens Gsell stellte die zum Treffen klar: „Verkehr ist lediglich einer der Mitverursacher - nicht aber der ausschließliche Verursacher - der viel diskutierten Feinstaubbelastung der Luft. Seitens der Innenstädte prüfen. Die Ergebnisse der Veranstaltung fließen in ein Aktionsprogramm, das der Regierung von Mittelfranken vorgelegt wurde, ein.“ DK

Aktionsprogramm

Die Stadtverwaltung wird die diskutierten Ansätze wie Erleichterungen für den Lieferverkehr der Innenstädte prüfen. Die Ergebnisse der Veranstaltung fließen in ein Aktionsprogramm, das der Regierung von Mittelfranken vorgelegt wurde, ein.“ DK

Regio-Schienenakt:

A-Vorsitzender Vogele fordert Ausbau

Der Vorsitzende des Augsburger Verkehrsverbands (AVV), Landrat Dr. Karl Vogele, begrüßt den aktuellen Vorstoß der Bundespolitik für den Ausbau des Regio-Schienenverkehrs im Raum Augsburg. Gerade die aktuelle Diskussion um die Feinstaubbelastung unterstreicht die Notwendigkeit, mehr Verkehrsleistungen vom Auto auf umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bringen.

Dem AVV-Vorsitzenden geht allerdings die Umsetzung zu langsam. Die grundlegenden Konzepte liegen schon seit Jahren auf dem Tisch. „Im Jahr 1999 hat der AVV den Regionalen Nahverkehrsplan verabschiedet, der eine noch bessere Abstimmung des Busses mit der Bahn vorsieht“, so der Landrat.

Er erinnert auch daran, dass seit der Gründung des AVV im Jahr 1985 die Stadt Augsburg, die Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg und Dillingen erhebliche Mittel in den Ausbau des Busverkehrs gesteckt und viele Fahrgäste auf die Schiene gebracht haben.

Der AVV habe seine Hausaufgaben gemacht. Jetzt stehen Bäder, Läden und Schulen im Vordergrund. „Die Deutsche Bahn am Zug. Freilich sei, dass Bayerns Wirtschaftsmister Dr. Otto Wieshuber bereits vor zwei Jahren zugesagt hat, für 6 Millionen Euro zusätzliche Züge zu bestellen. Um diese Züge fahren zu

Geschwindigkeitswarnanlagen:

Umtauschaktion „Alt gegen Neu“

Im Rahmen der großen Umtauschaktion „Alt gegen Neu“ der Bremicker Verkehrstechnik GmbH & Co. KG kann die alte Geschwindigkeitswarnanlage dort in Zahlung gegeben werden. Als Gegenleistung wartet Bremicker Verkehrstechnik mit Temposys® T03 der neuesten Generation auf zu besonders günstigen Konditionen auf. Die Aktion wurde jetzt bis Ende Dezember 2005 verlängert.

Mit der Geschwindigkeitswarnanlage Temposys® T03 werden neue und innovative Maßstäbe für das Anzeigen und Auswerten von Geschwindigkeitsmessungen gesetzt. Temposys® T03 zeigt den Kraftfahrzeuglenkern ihre tatsächliche Geschwindigkeit an, um diese zu kontrollieren und gegebenenfalls neu anzupassen. Sie empfinden Temposys® T03 als gebührenfreien Hinweis und reagieren sofort.

Mittels moderner Radartechnik und Auswertesoftware gibt die Firma Bremicker anhand der gespeicherten Daten eine verlässliche Planungsgrundlage. Ihre Software klassifiziert die Daten nach Anzahl der Fahrzeuge mit den unterschiedlichen Geschwindigkeiten (z. B. in Raster von 1 km/h) mit zeitlicher Aufteilung in stündlichen, täglichen oder wöchentlichen Intervallen. Die statistischen Auswertungen in übersichtlichen Tabellen und Diagrammen lassen sich in MS-Excel weiterarbeiten. Die diversen Auswertemöglichkeiten (Verkehrsgewichtung nach V85 variable, Klassifizierung nach Geschwindigkeitsprofilen etc.) helfen, das tatsächliche Verkehrsaufkommen und subjektiv vermutete Gefahrenstellen objektiv zu bewerten.

12-Volt Akkus versorgen das Temposys® mit Strom. Das Geschwindigkeitsmessgerät wird mit einer speziellen Halterung an Rohlpfosten oder Masten befestigt. Ohne spezielle Ausrichtung oder Auslinie ist das Temposys® nach dem Einschalten sofort betriebsbereit.

VDV-Jahrestagung in Erfurt:

Verkehrsbranche fordert Rechtssicherheit

„Die Diskussion über den europäischen Ordnungsrahmen für den öffentlichen Personennahverkehr dümpelt seit Jahren vor sich hin. Die Verkehrsbranche fordert eine europäisch verlässliche europarechtliche Rahmenbedingungen“, forderte der Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Dipl.-Kfm. Günter Elster, im Rahmen der VDV-Jahrestagung in Erfurt.

Angesichts divergierender Auslegungen des geltenden europäischen Rechts durch Gerichte und Verwaltungsstellen brauchen die ÖPNV-Branche mehr denn je klare europäische Spielregeln. Den Schlüssel zur Aufhebung der Blockade in Brüssel sieht der Verband in einem Grundsatzerlass des Gerichtshofs

der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) vom 24. Juli 2003. „Der EuGH hat ein richtungweisendes Urteil gesprochen. Es enthält alles was notwendig ist, um eine europäische Verordnung braucht. Damit kann ein rechtssicherer europäischer Ordnungsrahmen geschaffen werden, der gute Qualität und Effizienz im ÖPNV ermöglicht“, so der VDV-Präsident.

Die Europäische Kommission hat nach diversen Verschiebungen nunmehr angekündigt, im Sommer 2005 einen dritten überarbeiteten Vorschlag für eine europäische Verordnung vorzulegen. „Die Kommission will mit ihren bisher vorgelegten zwei Vorschlägen die Verkehrsbranche durch die Wand und den öffentlichen Verkehr bis ins kleinste europawirtschaftlich uniform regeln.“

„Die Kommission will die gesamtwirtschaftlich zweifelhafte Phänomene, insbesondere übertriebene Buskonstruktion, der ersten Vorschlag der Kommission datiert vom Juli 2000. „Es ist für die ÖPNV-Branche untragbar, dass sich in fünf Jahren auf der EU-Ebene ein stanzial nicht bewirkt hat“, beklagte der Präsident. Schuld daran sei nicht das Europäische Parlament, sondern die Vorstellungen über die Zukunft der europäischen ÖPNV-Marktdomination mit qualifizierter Mehrheit fruchtlos, sondern zum einen die Kommission, die dieses Votum und den Richterspruch des EuGH nicht vollständig akzeptierte, und zum anderen der EU-Verkehrsmister, der das Thema weiterhin vertrat.

„Es ist nicht so, wie ich befürchte, dass unsere Region kein Geld mehr übrig sein - und andere werden es unvorbehalten“, so der Landrat, der befürchtet, dass durch den Augsburger Raum im Wettbewerb der Regionen das Nachsehen hat. □

Deutsche Bahn:

Senkung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 um mindestens 15 %

Mit ihrem Klimaschutzprogramm 2020 schreibt die Bahn ihre bisherigen Anstrengungen im Klimaschutz konsequent fort und plant eine weitere erhebliche Minderung der spezifischen Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) ihres Schienenverkehrs um mindestens 15 Prozent bis zum Jahr 2020.

Ihren neuen Programm hat die Bahn die verkehrspolitischen und steuerlichen Rahmenbedingungen, wie sie im Herbst 2003 galten, zu Grunde gelegt. Eine Verminderung des spezifischen CO₂-Ausstoßes sollte um bis zu 25 Prozent halten die Experten der Bahn für möglich, wenn die heute zu Lasten der Bahn wettbewerbssverzerrend Rahmenbedingungen verbessert werden und das ho-

wie andere klimaschädlichen Treibhausgasen.

Kyoto-Protokoll verpflichtet Deutschland zur Minderung von CO₂

Auf der UN-Klima-Konferenz in Kyoto wurden 1997 erstmals konkrete und rechtlich bindende Mengenvorgaben zur Begrenzung festgelegt. Im Rahmen einer EU-weiten Lastenteilung

sätzlich in die Atmosphäre. Um diese Menge abzubauen, würden etwa 16 Millionen Tonnen Kohlenstoff benötigt. Zum Vergleich: das entspricht fast der Hälfte der Fläche Deutschlands. Die im Bundesverkehrswegeplan 2003 berechneten CO₂-Minderungen durch Verkehrsverlagerungen auf die Schiene infolge des staatlich unterstützten Infrastrukturausbau sind im Klimaschutzprogramm 2020 der Bahn nicht berücksichtigt. Das Programm selbst würde die Einsparpotenziale des Infrastrukturausbau noch weiter steigern.

Klimaschutz beginnt mit Energie sparen

Um ihre anspruchsvollen Klimaschutzziele zu erreichen, setzt die Deutsche Bahn ab dem Klimaschutzprogramm 2020 zum einen auf konsequente Energieparmaßnahmen und die Steigerung der Energieeffizienz, zum anderen soll der Ausbau CO₂-armer und regenerativer Energieträger bei Bahnstromversorgung aktiv vorangetrieben werden. Das bedeutet, mit der gleichen Energiemenge mehr zu bewirken. So wird durch Maßnahmen die ein geringeren Energieverbrauch bzw. -verlust zur Folge haben, Energie eingespart. Das wiederum senkt die Kosten und CO₂-Emissionen.

Bei der Bahn soll die Energieeffizienz durch den Einsatz moderner Fahrzeuge und Anlagen, die Fahrgabgestaltung und eine weitere Auslastungserhöhung der Züge gesteigert werden. Darüber hinaus soll der elektrische Fahrbetrieb gegenüber der CO₂-intensiven Dieseltrektraktion erweitert werden. Mit fast 90 Prozent der Betriebsleistung hat Bahnstrom bereits heute (2002) die über die gesamte Zeit 1990 waren es erst 60 Prozent.

Regenerative Energien werden weiter ausgebaut

Für die CO₂-Minderung bei der Stromerzeugung wiederum spielen effizientere Kraftwerke und der verstärkte Einsatz regenerativer Energien eine wichtige Rolle. Der Bahnstrom wird überwiegend in hocheffizienten und umweltfreundlichen, mit Rauchgasreinigung ausgestatteten Großkraftwerken erzeugt. Auch der Anteil von regenerativen Energien zur Stromerzeugung wird bei der Bahn bereits 2002, mit 13 Prozent deutlich höher als in der öffentlichen Stromerzeugung, wo der Anteil nur bei 8,1 Prozent lag. Vollig CO₂-emissionsfrei liefert dabei die Wasserkraft. Bis zu zwölf Prozent des Bahnstroms, zuletzt ein Prozent wird durch Windenergie erzeugt. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2020 soll der Anteil regenerativer Energien am Bahnstrom-Mix aktiv weiter ausgebaut werden.

Wegfallende Kapazitäten ersetzen

Der Anteil der ebenfalls CO₂-freie Atomenergie lag 2002 bei 28 Prozent und damit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. In Folge des vorentsprechend und gesetzlich fixierten Ausstiegs aus der Atomenergie muss die Bahn wegfallende Kapazitäten ersetzen, wofür auch auf Strom aus fossilen Brennstoffen zurückgegriffen werden muss. Dadurch wird sich nach den Berechnungen der Bahn die CO₂- Bilanz des Schienenverkehrs um knapp zehn Prozentpunkte ver-

schlechtern. Die hierdurch notwendigen Klimaschutzanstrengungen der Bahn sind im Klimaschutzprogramm jedoch bereits berücksichtigt.

CO₂-Ausstoß sinkt - Steuern und Abgaben steigen

Trotz der Klimaschutzzerfolge der Bahn AG belasten neben der Mineralölsteuer mit 160 Mio. Euro auch die Klimaschutzinstrumente der Bundesregierung (Ökosteuern sowie die gesetzliche Forderung der erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung) die Bahn 2004 voraussichtlich mit etwa 220 Millionen Euro, während die Wettbewerber Luftverkehr und Schiff davon völlig ausgenommen sind.

Ganz entgegen der Intention der Ökosteuern wird die Intention der Ökosteuern durch die Deutsche Bahn AG zu einem der größten Ökosteuereinzahler hierzulande gehören, wobei 30 Prozent der Aufwendungen auf die erhöhte Mineralölsteuer und 70 Prozent auf die neu eingeführte Stromsteuer entfallen. Zuletzt wurden Ende 2003 im Hausrückverfahren durch den Vermittlungsausschuss die Ökosteuersätze für den Schienenverkehr angehoben, woraus alleine eine Mehrbelastung von 15 Millionen Euro im Jahr 2004 resultiert.

Dreifachbelastung

Durch die unkoordinierte Anlastung besteht beispielsweise bei der elektrischen Zugtraktion sogar eine Dreifachbelastung. Der ab 2005 geplante Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten wie die in seiner jetzt geplanten Form als viertes - im Verkehrssektor ausschließlich die Bahn betreffendes - Klimaschutzinstrument die Wettbewerbsfähigkeit ge-

Bahnfahren mit zusätzlichem Nutzen

Preis- und Eintrittsermäßigungen mit dem Bayern-Ticket in Franken

Bahnreisende erhalten mit dem Bayern-Ticket Ermäßigungen für Theater, Museen, für vielfältige kulturelle Veranstaltungen sowie vergünstigte Angebote bei ausgewählten Gastronomiebetrieben. Die frankenschen RegioBahnen haben insgesamt 21 Ausflugsziele und den Zusatznutzen bei der Fahrt mit dem Bayernticket in der Broschüre „Aktiv in Franken“ beschrieben. „Aktiv in Franken“ ist an den Fahrkartenschaltern in der Region erhältlich.

Besucher der Thermo Bad Steben können beispielsweise bei Vorlage ihres Bayern-Tickets einen ganzen Tag in der Thermo zum Preis eines vierstündigen Aufenthalts genießen. Im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg erhalten Bahnfahrer 20 Prozent Ermäßigung auf den Eintrittspreis. Dies gilt für jedes Gruppenmitglied beim Bayern-Ticket.

Günstig und flexibel

In Würzburg erhalten Bayern-Ticket-Nutzer nicht nur ermäßigten Eintritt zur Residenz und eine vergünstigte Stadtführung, sondern im Würzburger Ratskeller und in den Julius-Spital Weinstuben auch 10 Prozent Ermäßigung auf alle Speisen.

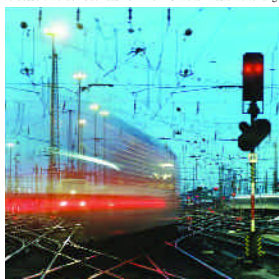
Die frankenschen Regio Bahnen bieten günstige und flexible An- und Abreisemöglichkeiten für Wochenendausflüge und Kreuzreisen in der Region. Gruppenüber Strauß, Luft und Binnenschiff weiter negativ verzerren. Die Bahn bezieht ihren mit Kohle, Öl oder Gas erzeugten Strom ausschließlich von exter-

nen bis zu 5 Personen können mit dem Bayern-Ticket werktags ab 9 Uhr, am Wochenende rund um die Uhr, die bayrischen Nahverkehrszüge, die Verkehrsmitel der Verbände in Nürnberg, Würzburg und Aschaffenburg sowie die Busse des Omnibusverkehrs Franken (OVF) und des Kreisomnibusbetriebs Bad Kissingen (KOB) ab 24 Euro nutzen. Für Einzelreisende gibt es das Bayern-Ticket Single ab 17 Euro. Weitere Informationen zum Bayern-Ticket unter www.bahn.de/d/regionview/bayern/bahnangebote/bayernticket.shtml.

Bequeme Fahrt

Mit den Zügen von DB Regio haben Ausflügler aus dem gesamten frankenschen Raum, zwischen Coburg und Treuchtlingen, zwischen Hof und Amberg, bequem und im Stundentakt Anschluss an die Ausflugsziele. □

nen Stromerzeugern und befeuchtet daher mehr oder weniger gerechtfertigte Strompreiserhöhungen, denen kein Fortschritt im Klimaschutz gegenübersteht. □



Richtungweisend: das Klimaschutzprogramm der Bahn. □

he Niveau der steuerlichen Belastung sinkt. Ihr anspruchsvolles Klimaschutzziel könnte nach Einschätzung der Bahn Grundlagemaßnahmen mit der Bundesregierung ein verbindliches Vereinbarung mit der Bundesregierung zum Klimaschutz werden.

Mit dem in der Verkehrsbranche richtungweisenden Klimaschutzprogramm knüpft die Bahn direkt an ihren Erfolg aus dem Energieparprogramm 2005 an, dessen Teilziel Klimaschutz drei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen erreicht wurde. Ende 2002 hatte die Bahn die Emissionen des klimaschädlichen CO₂ um 25,9 Prozent gegenüber dem Bezugsjahr 1990 gesenkt. Spezifische Angaben sind besonders geeignet für den Vergleich verschiedener Verkehrsträger, weil sie die Emissionen auf die jeweils gleichzeitig erbrachte Verkehrsleistung - in Personenkilometer oder Tonnenkilometer - beziehen.

hat sich Deutschland verpflichtet, seine Emissionen im Schnitt der Jahre 2008 bis 2012 um 21 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren. Die Wissenschaft ist sich einig, dass dies nur der Anfang sein kann, wenn die Erwärmung der Erdatmosphäre gebremst werden soll. Im Gegensatz dazu wird schon mehr als ein Fünftel des gesamten CO₂ in Deutschland im Verkehrssektor emittiert - mit absoluter Tendenz.

2002 lagen die Emissionen aus dem Verkehr resultierenden CO₂-Emissionen um knapp neun Prozent über denen von 1990. Daran sind die Verkehrsträger allerdings sehr unterschiedlich beteiligt. Vor allem der Straßenverkehr und der Luftverkehr haben zugelegt. Der Anteil des Schienenverkehrs am gesamten CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors ist seit 2002 auf rund vier Prozent gefallen, 1990 betrug er noch fünf Prozent.

Entlastete Bilanz

Aber auch die absoluten jährlichen CO₂-Emissionen wurden bei der Bahn von 1990 bis 2002 um 11 Prozent, d. h. um jährlich mehr als zwei Millionen Tonnen CO₂ gesenkt. Zwei Millionen Tonnen entsprechen in etwa dem jährlichen CO₂-Ausstoß einer mittleren Großstadt mit 100.000 Haushalten. Diese Entlastung der deutschen Klimabilanz wurde im Personenverkehr sogar bei einer leichten Steigerung der Verkehrsleistung erreicht, und auch im Güterverkehr konnten die vereinnahmenden Rückgänge wieder fast ausgeglichen werden.

Als so genanntes Treibhausgas zählt CO₂, das neben Wasser als Endprodukt aller Verbrennungsvorgänge entsteht, zu den Hauptverursachern der vom Menschen hervorgerufenen Erderwärmung. Daraus ergibt sich ein dringender Handlungsbedarf zur Reduzierung von CO₂

Bahn klimafreundlichster Verkehrsträger

Im Systemvergleich mit Straße und Flugzeug zeigt sich, dass die Bahn einundzwanzigfache Klimaeffizienz aufweist. Der Personenverkehr auf der Schiene emittiert lediglich ein gutes Fünftel der CO₂-Emissionen des Luft- und lediglich etwas mehr als ein Drittel des Straßenverkehrs. Also: Während das Flugzeug 23 Kilogramm und der Pkw 12,3 Kilogramm CO₂ pro 100 Personenkilometer ausstoßen, sind es bei der Bahn nur 4,8 Kilogramm. Im Güterverkehr sieht es ähnlich aus, so ist die Bahn fünfmal sparsamer als ein Durchschnitts-Lkw bzw. dreimal günstiger als ein 40-Tonnen-Lkw.

Missste der gesamte Bahnverkehr in Deutschland von anderem Verkehrsträger übernommen werden, gelangten jährlich rund 16 Millionen Tonnen CO₂ zu-



Von links: Moll, Kurt Eckstein, MdB Christian Schmidt, CSU-Bezirksgeschäftsführer Peter Müller, Jubilär Hans Herold, eingetragener von Tochter Rebecca und Ehefrau Alexandra, davorer CSU-Kreisgeschäftsführer Michael Dibowski und rechts Joachim Herrmann. Bild: Jürgen Langhammer

Ipsheims Bürgermeister Hans Herold feierte 50. Geburtstag

Riesenauftrieb in Ipsheim: Viele Gäste kamen am 4. Juli nach Ipsheim, um dem Bürgermeister, CSU-Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Hans Herold zu dessen 50. Geburtstag zu gratulieren. Alle hoben sein kommunalpolitisches Fundament hervor, auf welchem seine Arbeit in München erworben und wo er sich in wenigen Jahren höchste Anerkennung erkaufen hat.

Unter den Gratulanten waren auch die „Überraschungsgäste“, unter anderem der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Joachim Herrmann, Bundesminister a. D. Dr. Werner Döllinger, Staatsminister a. D. Dr. Karl Hillmeier, Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt und viele andere. Auch die All-Landrate Adolf Schilling und Robert Pfeifer ließen es sich nicht nehmen persönlich die Glückwünsche zu überbringen.

Kollegial und bescheiden

Gesehen wurden darüber hinaus auch Weinbeholden, drei Schornstein-Generatoren, mittel-fränkische Landtagskollegeninnen und -Kollegen, und der örtliche Musikverein überbrachte Ständchen. Über einstimmend erklärten alle, was sie an ihm schätzen: Seine Hilfsbereitschaft und Kollegialität, seine Bescheidenheit

Tuchführung mit dem Basis

Von Herolds Verbundenheit mit den Menschen in seiner mitfränkischen Heimat, seiner Bürgernähe und seiner Umganglichkeit würde die bayerische Landespolitik enorm profitieren, meinte Dr. Günther Beckstein als Sprecher der mitfränkischen CSU-Landtagsabgeordneten. Und Joachim Herrmann sagte: „Hans Herold hat sich seit seiner Wahl im Jahr 2003 in unserer Fraktion einen ausgezeichneten Ruf erworben.“ Mit seiner reichen kommunalpolitischen Erfahrung als Erster Bürgermeister des Marktes Ipsheim und seiner engen Tuchführung mit dem Basis sei eine starke Stütze für die mitfränkische CSU.

Herrmann, auch Bezirksvorsitzender der mitfränkischen CSU, überbrachte dem Jubilär gemeinsam mit Christian

Schmidt als „Sammelgeschenk vieler Freunde“ ein High-Tech-Fahrrad, damit der bekennende Sportler Herold mit Schwerpunkt Fußball auch weiterhin fit für seine Aufgaben „bleibe. Außerdem würde die neue Hompage des Abgeordneten vorzuziehen, die in enger Zusammenarbeit des CSU-Kreisverbandes unter Federführung von Michael Dibowski und der CSU-Landtagsfraktion in den letzten Wochen grundlegend überarbeitet wurde (<http://www.hans-herold.de>).

Hoher Beliebtheitsgrad

Der Beliebtheitsgrad des CSU-Kreisvorsitzenden und Ipsheimer Bürgermeisters zeigte sich nicht nur in der enormen Zahl der Glückwünsche, die den Jubilär persönlich, telefonisch und per E-Mail erreichten. Dieter Rückert, der als 2. Bürgermeister von Ipsheim die Grüße der Gemeinde überbrachte, richtete eine Bitte an Innenminister Beckstein: „Herr Minister, wenn Sie im Herbst nach Berlin wechseln sollten, lassen Sie unseren Hans doch bitte hier!“ pm

Arbeitstagung oberpfälzischer Landräte:

Votum für mehr Flexibilität bei der Schulreform

Die ihrer Ansicht nach fehlende Flexibilität der Staatsregierung bei der Umsetzung der Reform der Grund- und Hauptschulen war der Arbeitstagung der oberpfälzischen Landräte auf Schloss Sünching im Landkreis Regensburg. Des weiteren befassten sich die Kommunalpolitiker mit den „Metropolregion Nürnberg und München“ sowie dem im Bundestag abgeordneten Kommunalpolitiker Ernst-August Sprengele (KfG).

Der Sprecher der oberpfälzischen Landräte, Simon Wittmann aus dem Landkreis Neustadt/Waldnaab, betonte, dass insbesondere auf dem Land die Hauptschule auch heute noch eine völlig andere Bedeutung als in den Städten habe. Aus diesem Grund sei es erforderlich, bei der Sprengelbildung - vor allem im Hinblick auf die Schließung von Teilhaushalten - nicht rein formalistisch vorzugehen, sondern sich an den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort zu orientieren.

Regensburgs Landrat Herbert Mirbeth vertrat die Ansicht, dass sich das Reformwerk in einigen Jahren in vielen „Ordnungsmäßig“ Schüler obneben von selbst erledigen werde. Regierungspräsident Dr. Wolfgang Künert sei auch um Unterstützung beim Erhalt der Berufsschulen in der Fläche gebeten worden. Die seit Juli geltende

den, ansonsten werde man „zerren“. Mehrmals wurde in diesem Zusammenhang Österreich als Vorbild dargestellt, weil die Alpenrepublik die kleinen Regionen stärke und dadurch einen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren habe. Große Hoffnungen setzen die Landräte auf den aus der Oberpfalz stammenden Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner, der bei den Verhandlungen im Wirtschaftsministerium im Herbst 2005 sein Interesse nach dem KfG nochmals vertreten soll.

Zum Abschluss der Tagung forderten die Landräte von der Bundesregierung, das im Bundestag abgeordnete KfG nochmals einzubringen, die Gemeindefinanzreform auch wegen Harz IV nicht aus den Augen zu verlieren und die Föderalismuskommission wieder in Arbeit zu setzen. „Schließlich“, so Wittmann, „muss der Druck vom Bund und natürlich auch von der EU auf die Kommunen knifflig verhindert werden.“ Man könne den Koalitionsratspräsidenten nur gegen das Land Bayern und nicht gegen das Bund durchsetzen. DK

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Hören Sie Sabrina, Sie sind doch ein einmaliges Organisationsgenie. Außerdem haben Sie im August keinen Urlaub beantragt. Hätten Sie Lust, die nächsten 60 Tage die Bundestagswahl zu organisieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, gab sich alle Mühe, seine Entscheidung als Bitte zu camouffieren.

„Ihrer genes Land ist ja in einer merkwürdigen Situation. Obwohl alle wissen, dass nach dem Bundespräsidenten das Bundesverfassungsgericht das letzte Wort über Ja oder Nein von Neuwahlen hat, ist jeder seit Wochen auf Wahlkampf und Bundestagswahl am 18. September eingestellt. Die Kandidaten werden aufgestellt, die Landlisten gemindert, die Wahlprogramme je nach Geschmacksrichtung als Dokumente der Offenbarung oder Manifeste der Befreiung vor- gestellt und von der anderen Seite umgekehrt



geht, wenn alle Urlaubskheuer schnell, schnell noch ihre Briefwahlunterlagen woen. Vor allem kann man nicht ganzen Arbeitseinheiten Statusbarren im Hochstrome aufbrammen, wenn die Gefahr besteht, dass ein Verfassungsgorgan sich als Wirt befreit, ohne den man keine Begriffe machen kann und die Wahl um ein Jahr verlegt.

„An Arbeiten sind die Mitarbeiter gewohnt, denn was mit Wahlen und Abstimmungen zu tun hat, ist die einzige wirkliche Konjunkturlokomotive im Land. Ob Wald- oder Gymnasium, ob Mobilfunkmast- kein Thema ist in Bayern davor sichtbar, Gegenstand eines Volksgehobens zu werden. Und keiner, der so frohlich an der Ecke Unterschriften für einen guten Zweck sammelt, denkt daran, wie viel Präparier und wie viel geduldig Abarbeiten bürokratischer Vorschriften mit solchen Initiativen verbunden sind.“

Alles dreht sich um die Bundestagswahlen

Als Zeugnis der Ahnungslosigkeit oder Fatal des Versagens geschichte, die ersten Wahlplakate tauchen in den Schaukästen der Parteien auf und bei den Bürgerinnen und Bürgern blitzt hie und da zwischen den vorhersehenden Gefühlen der Resignation und der Urlaubsvorfreude ein Fünkchen Hoffnung auf, das sich - egal wie die Wahl ausfällt - doch mal bewegt.

Bei uns wie in vielen Stadt- und Gemeindeverwaltungen macht sich aber vor allem der Gedanke an einen Handeln Arbeit mit zu kurzer Vorbereitungszeit breit. Das ist auch der Grund, warum der Chef mir diese Sommeraufgabe aufs Auge gedrückt hat. Von dem eingepreisten Team, das ansonsten Wahlen aus dem „fj“ organisiert, haben praktisch alle schon langfristige ihren Familienurlaub im August/September gebucht. Ich breche es in einen informellen Oberkoordinator, der alle Fäden in Händen behält. Denn daran haben die Staatslenker in Berlin nicht gedacht. In fernem Bayern sind bis eine Woche vor Ultimo Ferien und eine soziale, arbeitsnehmerfreundlich eingestellte Verwaltungsspitze kann nicht alle zur Urlaubsperle verdammen. Es lang schon, wenn die Erholung in der Woche vor den Wahlen wieder flüht

Mein Chef, der Bürgermeister, hat als pflichtbewusster Parteipolitiker natürlich seinen Urlaub modifiziert. Eine komplette Absage hätte seine Frau übel genommen, aber er blühte näher am Geschehen. Weil ich nicht will, dass er über den ganzen Kessel rund um die Wahlen und Abstimmungen herumlebe, ihm ich das Kalenderblatt mit einem tröstenden Satz von Max Frisch auf den Schreibtisch. Demotiviert sieht sich die eigenen Angelegenheiten einzuzeichnen.



Günstiger Strom für Schwabens Kommunen

Rahmenvereinbarung mit den Lechwerken unterzeichnet

Nach einem Verhandlungsmarathon über mehrere Monate ist der Strombezugschwäbischer Kommunen von der Lechwerke AG für den Zeitraum 2006 bis 2009 unter Dach und Fach. Am 10. Juni 2005 unterzeichneten im Rathaus der Stadt Neusilb der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben des Bayerischen Gemeindeflags, 1. Bürgermeister Anton Lang, Gemeinde Echtingen (r.), 2. Bürgermeister der Stadt Neusilb, Dr. Manfred Nöcker (l.) und das Vorstandsmittglied der Lechwerke AG, Paul Wanig (Mitte), eine neue kommunale Rahmenvereinbarung über Stromlieferung an kommunale Einrichtungen und Liegenschaften. Sie hat eine vierjährige Laufzeit.

Die Verhandlungspartner konnten dabei auf die sachkundige Unterstützung durch den Energieexperten Werner Möhler, 1. Bürgermeister der Gemeinde Langenlaimheim, sowie die Geschäftsstelle des Bayerischen Gemeindeflags zählen. In der Wiederum konnten günstige Preise für die Kommunen erreichen, was in der Vergangenheit, die Kommunen belastet. Die Lechwerke bieten die Rahmenvereinbarung mit einem Gesamtvolumen von zirka 236

wirtschaftlichen Leistungen der Lechwerke. Auf die Einrichtung eines Fondsmodells wie beim Abschluss mit der E.ON Bayern AG wurde verzichtet, was die Handhabung einfacher macht. Beim Vergleich der Gesamtkosten liegt das Angebot des schwäbischen Regionalversorgers sogar noch etwas günstiger als im Vergleich zu E.ON. Soweit Vorort nicht, bieten die Lechwerke auch zertifizierten Ökostrom preisgünstig mit Strom aus konventionellen Kraftwerken an. Durch das neue Energieversorgungsrecht noch vor der Sommerpause in Kraft, sind erhebliche Änderungen der Entgelte für die Nutzung des Stromnetzes wahrscheinlich. Der Rahmenvertrag enthält die Absicherung, dass Senkungen der Netznutzungsentgelte um mehr als fünf Prozent im Durchschnitt an die Gemeinden weitergegeben werden. □

Besondere Preisstellung

Der Vorteil der Vereinbarung liegt in der Einräumung einer besonderen Preisstellung, in einer auf die kommunalen Verhältnisse zugeschnittenen Preistruktur sowie in verschiedenen gemein-

Partnerschaft Landkreis Landshut - Rayon Nowosibirsk:

Außenpolitik auf unterster Ebene

Mächtig beeindruckt vom „historischen Gedächtnis“ der Deutschen zeigte sich die Delegation aus dem Rayon Nowosibirsk, die zur Landshuter Hochzeit in den Landkreis Landshut eingeladen war. Unter Leitung von Landrat Vladimir Sablin hatte sich eine 12-köpfige Delegation auf den 6.500 Kilometer entfernten Weg nach Bayern gemacht, um die Hochzeit des Landshuter Herzogs, Georg der Reiche, mit der polnischen Königstochter Jadwiga zu erleben. Wenn es aber die historische Landshuter Hochzeit heißt, dass sie der traditionellen Ostpolitik Niederbayerns entspreche, dann spricht sich vielleicht die Begeisterung der russischen Delegation aus dem Wissen, dass die Partnerschaft zwischen beiden Landkreisen sich als Fortsetzung verstehen darf.

Für die Besuchergruppe war diese Reise in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Erlebnis: Wenn sie normalerweise wegen des kurzen sibirischen Sommers lieber im Winter nach Deutschland kommt, um zubaute die landwirtschaftlichen Arbeiten zu erledigen, so erlebte sie diesmal den Frühommer in bayerischen Landen. Von den blühenden Vorgärten, den weiten, hügeligen Getreidefeldern und den Hopfenfeldern zeigten sie sich ange-tan, wemgleich sie sich in der unendlichen Weite der sibirischen Landschaft beheimatet wissen.

Traum erfüllt

Außerdem führte sie die dies-jährige Reise zum ersten Mal weit über die Landkreiskreuzungen hinaus nach Österreich, wo sich die Gruppe durch den Besuch Wiens einen Traum erfüllte. Da-bei wollten sie als Touristen die repräsentativen Bauten besich-tigen, an die sich die ausgezeich-neten Beziehungen Russlands zum Habsburgischen Kaiserhaus

knüpfen und an Maria Theresia und Zarin Katharina II.

Traditionelle bayerische Gast-lichkeit und Gemütlichkeit er-fuhr die Gruppe bereits am Tag der Ankunft: Auf Einladung der Stadt Rottenburg besuchten sie das Volksfest, um herauszufin-den, dass zwischen den großen Portionen, Schweinsshaten und den mit Bier gefüllten riesigen Maßkrügen, eine Wechselwir-kung zur Stimmung besteht, die sich in Lautstärke, „Mitsingen“ Schunkeln, Lachen und Reden ausdrückt.

Ausflug nach München

Der Samstag führte die Grup-pe nach München und der Vor-sitzende des Freundeskreises, Helmut Wimmer, zeigte zusam-men mit Heribert Geier die „Al-lianz-Arena“, die Fußgängerzo-ne, das Olympiagelände und natürlich das größte Wohnhaus der Welt, das Hofbräuhaus. Der Münchenbesuch wurde natür-lich ausgiebig zum Einkaufen von Souvenirs genutzt. Der Sonntag stand ganz im

Zeichen der „Landshuter Hoch-zeit“ und bereits Mittag machte sich die Gruppe auf den Weg nach Landshut, das viele von früheren Besuchern schon kan-ten. Trotzdem wirkte die Stadt mit ihrer Geschäftigkeit, festlich geschmückt, völlig verändert auf die Besuchergruppe.

„Landshuter Hochzeit“

Ruth Müller informierte die si-birischen Gäste über die histori-schen Zusammenhänge dieses Festes, das auf die Vermählung des Landshuter Herzog Georg mit der polnischen Königstoch-ter Hedwig zurückgeht. Die Gruppe zeigte sich beeindruckt davon, dass der Verein „Die För-derer“ dieses große Fest alle vier Jahre organisiert, um es original-getreu nachzuspielen. Der logis-tischen Leistung bei fast 2500 Mitwirkenden, den umfangrei-chen Vorbereitungen für einen reibungslosen Ablauf und dem bewundernswerten ehrenamtli-chen Engagement zollten die Gäste große Anerkennung. Der farbenprächtige Umzug begei-sterte sie so sehr, dass sie jede neue Gruppe mit begeistertem „Allooooo“ begrüßten.

Nicht gekannte Dimension

„Im Rayon Nowosibirsk ha-be wir auch schon viele große Veranstaltungen durchgeführt, aber noch nie etwas in dieser Di-mension“, äußerte sich Landrat Vladimir Sablin beeindruckt. Bei den Reiter- und Ritterspielen lieferten sie mit den Ringelste-chen und Lanzenreitern mit und bewunderten die Ausdauer der Darsteller im Fürstentel, die bei brütender Hitze in ihren warmen Kostümen ausharren mussten. „Ich bin beeindruckt von der Freundlichkeit und Herzlichkeit

der Darsteller, die alle größte Disziplin zeigen. Dieses Fest verbindet sowohl die Einwohner Landshuts als auch die Besucher für lange Zeit miteinander, es spiegelt die Mentalität der Bevölke-rung und den Umgang mit-einander wider.“

„Historisches Gedächtnis“

Das „Historische Gedächtnis“ der Deutschen beeindruckte die Gruppe umso mehr, als es die Einwohner Sibiriens vermissen. Sie verstehen sich als Volk, das ihrer eigenen Historie immer wieder erlaubt wurde. Die Za-berzeit wurde vom Kommunis-mus ausgelöscht. Umsetzungen entwarzelten die Menschen, Tra-ditionen, Sprache und volksma-tigen Kulturgut wurde verboten und auch in der heutigen Zeit ist es so, dass das moderne Rus-sland von dieser Zeit nichts mehr wissen möchte: Stalin- und Le-ninidenmaler wurden entfernt, der Weg nach Westen geöffnet. Weil sie sich auf der Suche nach der eigenen kulturellen Identität befinden, sind sie umso offener und sensibler gegenüber histori-schen Darbietungen, die auf ge-schichtliche Ereignisse vor mehr als 500 Jahren zurückgehen und Entwicklungslinien eines Volkes oder tragische Einzelschicksale, aufzeigen.

Perfekte Organisation

Evgenij Kulemin, Polizeichef des Rayons Nowosibirsk, zeigte sich von der Disziplin der Besucher und der perfekten Or-ganisation beeindruckt. „Jeder Besucher fand seinen Platz, es waren unvorstellbare Men-schenmengen unterwegs, trotz-dem kann es zu keiner Randalde und auch Betrunkene waren nicht zu sehen - und das alles mit so wenig Polizeipräsenz.“ Auf dem Zehrbplatz hatte die Grup-pe dann auch Gelegenheit, die Da-steller hautnah anzutreffen und sie bestaunten die aufwändigen



Geselliges Beisammensein mit Landshuts OB Hans Rampf (r.).

Kostime. Stellvertreter der Land-rat Josef Seidl, Oberbürgermei-ster Hans Rampf und auch Bezirksratspräsident Manfred Holzlein ließen es sich nicht neh-men und begrüßten die Gruppe auf herzlichste.

Besichtigungen

Bei der Delegation waren auch Leiter landwirtschaftlicher Betriebe mit dabei und so war die Gruppe auch sehr daran in-teressiert, verschiedene Bauern-höfe kennenzulernen. Bürger-meister Arno Wolf führte die Gruppe nach Sachsenhausen zur Familie Weigl, einem Schweine-mastbetrieβ. Hier beeindruckte vor allem die sterile Arbeitswei-se, aber insbesondere die Biogas-anlage und Photovoltaikanlage zur umweltfreundlichen Strom-erzeugung. Bei der Familie Hu-ber in Egg konnten sie sich über Rinderzucht informieren und ebenfalls in Egg bei der Familie Rühlhand Interessantes über die Schweinezucht erfahren.

Schnupftabak kannte die Grup-pe bereits, so dass sie mit großem Interesse die in Geisenhausen ansässige Fa. Pöschl, Europas größten Schnupftabakhersteller, besichtigten. Von Herrn Hof-mann und Frau Hirt hervor-ra-gend geführt, erhielten die bei-den Kleingruppen erschöpft

Auskunft über den Herstellungs-prozess, in dem weltweit eingekaufte Rohstoffe zu der ebenso global bekannten und nachge-fragten Produktpalette verarbeitet werden.

Letzte Station Vilsbiburg

Zusammen mit den Vorstands-mitgliedern des Freundeskreises Inge Maier, Maximilian Sailer, Gerhard Babl und Alfons Engl führte die Gruppe zur Verabschie-dung nach Vilsbiburg weiter. Im Namen der Gruppe bedankte sich Landrat Sablin aufs her-zlichste für diese erlebnisreichen Tage im Landkreis Landshut, die den Teilnehmern noch lange im Gedächtnis bleiben werden. Sein erklärtes Ziel ist es weiterhin, die partnerschaftlichen Beziehungen in wirtschaftlicher, kultureller aber auch sozialer Hinsicht aus-zubauen. Der Freundeskreis Landshut - Rayon Nowosibirsk leistet hier unverzichtbare Arbeit im Rahmen der Völkerverständigung. Was hier geleistet wurde, sei eigentlich „Außen-politik auf unterster Ebene“, auf jeden Fall werden die großen Er-klärungen und viele Worte durch kleine und zahlreiche Taten un-terfüttert, fasste Vizebürger Helmut Wimmer das Ergebnis des Kurzbesuches zusammen.

Ruth Müller

Vorschau auf GZ 15/16

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 15/16, die am 4. August

erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Wasserversorgung - Wasservertorgung
- Kommunale Baupolitik
- Kommunale Museen